

angegangenen Jahr. Vor dem Hintergrund erheblicher Nettokapitalzuflüsse erhöhten sich die Währungsreserven von 36 Mrd \$ im März 1995 bis Ende Januar 1997 auf 65,3 Mrd \$. Im gleichen Zeitraum hielt sich die Peseta ziemlich genau in der Mitte des WKM-Bandes.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für ihre solide makroökonomische Politik und insbesondere für die bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen erzielten Fortschritte. Sie stellten fest, daß Spanien im Jahr 1997 vor einer Kräftigung der konjunkturellen Erholung und mittelfristig vor einem nachhaltigen Wachstum stehen dürfte. Sie begrüßten auch Spaniens feste Absicht, 1997 die Maastrichter Konvergenzkriterien zu erfüllen, und waren der Meinung, daß die Behörden dieses Ziel erreichen könnten. Sie stimmten überein, daß die Behörden bereit sein sollten, zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, sofern dies zur Einhaltung der Maastrichter Kriterien erforderlich sei.

Die Direktoren forderten die Behörden mit Nachdruck dazu auf, den Haushaltskonsolidierungsprozeß durch frühzeitiges Handeln auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Sie führten aus, daß es erforderlich sei, über temporäre Ausgabenkürzungen hinauszugehen und eine umfassende Restrukturierung der Staatsausgaben vorzunehmen. Unter Bezugnahme auf die Staatseinnahmen empfahlen einige Direktoren den Behörden, das Steuersystem durch eine Verringerung der Grenzsteuersätze zu verbessern.

Die Direktoren lobten die Bank von Spanien für ihre Erfolge bei der Inflationsbekämpfung; sie führten aus, daß die größere Unabhängigkeit der Bank und ihre auf die Realisierung von Inflationszielen ausgerichtete Strategie gut funktioniert hätten. Sie stimmten mit den Behörden überein, daß die in letzter Zeit niedrigen Inflationsdaten vorsichtige Zinssenkungen erlauben könnten; allerdings sollten nachfolgende Zinssenkungen von eindeutigen Fortschritten an der Haushaltsfront abhängig gemacht werden.

Wegen der soliden Entwicklung des Außenwirtschaftssektors in den letzten Jahren stimmten die Direktoren im allgemeinen überein, daß mangelnde Wettbewerbsfähigkeit kein akutes Problem darstelle. Gleichwohl unterstrichen sie, daß es notwendig sei, strukturelle Reformen durchzuführen und auf eine moderate Lohnentwicklung zu achten, um auf mittlere Frist die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren. Mit Blick auf den Binnenwettbewerb ermutigten sie die Behörden, mit ihren Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Immobilienmärkte, der Dienstleistungen und des Einzelhandels voranzuschreiten und ein stärker marktorientiertes, unabhängiges Regelwerk für Monopole einzuführen.

Die Direktoren stellten fest, daß die hohe Arbeitslosenquote und die gravierenden Verkrustungen am

Arbeitsmarkt weiterhin die dringendsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen seien. Spaniens bevorstehender Beitritt zur Währungsunion mache es unumgänglich, daß die Behörden unverzüglich Arbeitsmarktreformen durchführen.

Entwicklungsländer

Ägypten

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Ägypten im Oktober 1996 und genehmigte Ägyptens Antrag auf eine zweijährige Bereitschaftskreditvereinbarung mit Vorsorgecharakter. Seit 1991 hat Ägypten mit der Unterstützung von zwei aufeinanderfolgenden Bereitschaftskreditvereinbarungen des Fonds weitreichende Stabilisierungsmaßnahmen und Strukturreformen durchgeführt. Die Zuwachsrates des realen BIP, das 1991/92 stagniert hatte, wurde zum Zeitpunkt der Erörterung für 1995/96 auf über 4 % geschätzt; dagegen wurde die Jahresinflation von mehr als 21 % auf etwas über 7 % zurückgeführt (siehe Tabelle 18).

Bei der Haushaltskonsolidierung sind wesentliche Fortschritte erzielt worden. Das Defizit des gesamten öffentlichen Sektors, das Ende der achtziger Jahre über 15 % des BIP betragen hatte, belief sich 1995/96 auf etwa 1,3 % des BIP; dies entsprach dem Budgetziel und lag in etwa auf dem Niveau des vorangegangenen Jahres. Während der Anteil der Staatseinnahmen am BIP zurückging, sanken auch die Ausgaben im gleichen Umfang, obwohl prioritäre soziale Bereiche wie Gesundheit und Erziehung von Kürzungen ausgenommen wurden.

Es kam zu weiteren Zinssenkungen, und die Überschussreserven der Geschäftsbanken gingen zurück. Der Zinssatz für dreimonatige Schatzwechsel sank auf 10 1/2 %, von etwa 14 % vor zwei Jahren. Der nominale Wechselkurs des Pfund blieb gegenüber dem US-Dollar praktisch konstant; der gewogene reale Wechselkurs des Pfund wertete sich um 9 % auf, worin sich der gestiegene Dollarkurs widerspiegelte. Insgesamt gesehen hat sich die Aufwertung des gewogenen realen Wechselkurses des Pfund seit 1993 merklich verlangsamt, weil der Inflationsunterschied zwischen Ägypten und seinen Handelspartnern zurückgegangen ist und die Kapitalimporte geringer geworden sind.

Die Zahlungsbilanz verzeichnete weiterhin Überschüsse, was zu einem beträchtlichen Aufbau von Nettowährungsreserven führte, die im Oktober 1996 etwa 15 Importmonate ausmachten. Aufgrund begrenzter Kreditaufnahmen im Ausland und zusätzlicher Schuldenerleichterungen durch den Pariser Klub ging die Auslandsverschuldung bis Mitte 1996 auf etwa 47 % des BIP zurück, und die Schuldendienstquote sank auf etwa 11 % der Leistungsbilanzeinnahmen (einschließlich aller Übertragungen).

Tabelle 18

Ägypten: Konjunkturindikatoren¹

(Bei der Direktoriums aussprache im Oktober 1996 vorliegende Daten)

	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	0,5	2,9	3,2	4,2
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	11,1	9,0	9,4	7,1
	<i>Milliarden US-Dollar²</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob	3,4	3,3	5,0	4,6
Einfuhren, cif	10,7	10,6	11,9	13,7
Leistungsbilanz	2,2	0,2	1,6	0,2
Direktinvestitionen	0,5	1,3	0,7	0,5
Portfoliointvestitionen	...	0,0	0,0	0,1
Kapitalbilanz	0,8	2,1	-0,4	0,8
Bruttoreerven	15,5	17,0	18,4	18,9
Leistungsbilanz (Prozent des BIP) ³	5,6	0,4	2,7	0,2
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	65,8	58,0	55,7	47,1
Schuldendienst (Prozent der Leistungsbilanz- einnahmen, einschließlich aller Über- tragungen)	13,6	12,1	10,3	10,7
Veränderung des realen effektiven Wechsel- kurses (Prozent) ⁴	7,9	10,4	-0,4	2,4
	<i>Prozent des BIP²</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-3,5	-2,1	-1,3	-1,3
Bruttoersparnis	17,0	17,2	19,4	17,2
Bruttoinvestitionen	16,2	16,8	16,7	17,0
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	16,4	12,4	11,1	10,5
Durchschnitts-Zinssatz für Dreimonats- Schatzwechsel (Prozent)	16,3	13,9	11,0	10,5

¹Angaben für jeweils im Juni endende Haushaltsjahre.

²Soweit nicht anders vermerkt.

³Einschließlich offizieller Übertragungen.

⁴Für 1995/96 bezieht sich die Veränderung auf den im Mai 1996 abgelaufenen Zwölfmonatszeitraum.

Trotz einer beträchtlichen Ausweitung des Handelsbilanzdefizits, eines Rückgangs der privaten Übertragungen und geringer Veränderungen bei den öffentlichen Übertragungen wurde 1995/96 weiterhin ein Leistungsbilanzüberschuß erzielt; dieser fiel allerdings niedriger aus als 1994/95 (0,2 % bzw. 2,7 % des BIP). Die Vergrößerung des Handelsbilanzdefizits auf 14 % des BIP 1995/96 war zurückzuführen auf den Rückgang der Exporte von ihrem außergewöhnlich hohen Niveau 1994/95, die Auswirkungen eines kräftigeren Wirtschaftswachstums auf die Importe — Zwischenprodukte und Investitionsgüter machten einen Großteil des Importanstiegs aus — und anziehende Weltmarktpreise für den Import von Weizen und Mais. Höhere Tourismuseinnahmen federten die Verschlechterung in der Handelsbilanz etwas ab. In der

Kapitalverkehrsbilanz trugen größere Nettozuflüsse (hauptsächlich im Zusammenhang mit der Rückführung von im Ausland gehaltenen Depositen der Geschäftsbanken) dazu bei, daß der Überschuß in der Zahlungsbilanz von etwa 800 Mio \$ erhalten blieb.

Durch die Einführung einer allgemeinen Verkaufssteuer und einer generellen Einkommensteuer, die Liberalisierung des Außenhandels und des Wechselkurssystems, die Abschaffung der Zinskontrollen sowie die Einleitung der Reform des staatlichen Unternehmenssektors, wozu auch Privatisierungen gehören, sind seit 1991 bei der Verbesserung der Staatseinnahmen Fortschritte erzielt worden. Das Tempo der Strukturreformen, insbesondere der Privatisierung, beschleunigte sich nach der Bildung einer neuen Regierung im Januar 1996.

Die Direktoren lobten die Behörden für Ägyptens günstigere wirtschaftliche Entwicklung während der letzten Jahre und begrüßten deren Absicht, durch ein neu belebtes wirtschaftliches Reformprogramm die jüngsten Fortschritte zu konsolidieren und auf ihnen aufzubauen.

Die Direktoren waren der Meinung, daß Haushaltsdisziplin für Ägyptens Programm sehr wesentlich sei, und betonten, daß es notwendig sei, den vorsichtigen Kurs in der Nachfragesteuerung als Grundlage für einen weiteren Inflationsabbau und zur Bewahrung einer tragfähigen Außenwirtschaftsposition beizubehalten. Sie stellten fest, daß Ägyptens Wechselkursregelung jetzt praktisch keine Restriktionen mehr aufweise, und forderten die Behörden dazu auf, die Verpflichtungen gemäß Artikel VIII des IWF-Übereinkommens zu akzeptieren.

Die Direktoriumsmitglieder begrüßten die im Programm enthaltenen vielfältigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Strukturreformen. Sie betrachteten die im Zusammenhang mit der Neuordnung der Finanzpolitik vorgesehenen Schritte — insbesondere die Steuerreform und die Reorganisation des öffentlichen Dienstes — als möglicherweise weitreichend und wiesen darauf hin, daß die Umsetzung der die Geld- und Devisenmärkte betreffenden Vorhaben in Verbindung mit der Umstrukturierung des Finanzsektors das

wirtschaftspolitische Steuerungsvermögen der Behörden stärken und den Finanzsektor verbreitern und vertiefen werde. Die Direktoren betonten die Notwendigkeit, die Stärkung der aufsichtsrechtlichen Standards und der bankgewerblichen Regelungen fortzusetzen.

Nach Ansicht des Direktoriums signalisiere das Privatisierungsprogramm sehr deutlich die Absicht der Regierung, sich aus dem Produktionssektor zurückzuziehen. Im Bereich der Handelsliberalisierung begrüßten die Direktoren die jüngste Zollsenkungsrunde. Die Direktoren unterstützten die Maßnahmen zur Liberalisierung der Wohnungsmieten und der Investitionsbestimmungen und betonten, wie wichtig es sei, bald ein einheitliches Investitionsgesetz zu verabschieden. Sie ermunterten die Behörden, zur Verringerung der Arbeitslosigkeit größere Flexibilität am Arbeitsmarkt zu fördern. Die Direktoren maßen auch den Anstrengungen der Behörden, die Erhebung und Aufbereitung von Daten zu verbessern, großen Wert bei.

Algerien

Das Exekutivdirektorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Algerien im Juni 1996 und führte die zweite Überprüfung der Erweiterten Kreditvereinbarung mit Algerien durch. Schätzungen zufolge hat das reale BIP 1995 nach zwei Jahren des Rückgangs um 4,3 % zugelegt. Impulse gingen von einem kräftigen, exportgetriebenen Aufschwung im Erdölsektor, einer Erholung im Agrarbereich und einem Aufschwung in den Bau- und Dienstleistungssektoren aus (siehe Tabelle 19). Die Inflationsrate auf Zwölfmonatsbasis schwächte sich von 39 % Ende 1994 bis Ende 1995 auf 22 % ab. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch.

Das Haushaltsdefizit verringerte sich 1995 auf 1,4 % des BIP, nach 4,4 % im Jahr 1994. Hauptsächlich aufgrund höherer Einnahmen aus dem Ölgeschäft stieg die Relation der Staatseinnahmen zum BIP an. Auf der Ausgabe Seite schossen die Zinszahlungen über die Zielvorgaben hinaus; das Fiskalprogramm konnte gleichwohl auf der vorgesehenen Linie gehalten werden, da die Behörden die laufenden Ausgaben kürzten und die Lohnzuwächse begrenzten. Im Ergebnis sanken die Personalausgaben im öffentlichen Dienst real ganz beträchtlich.

Die finanzpolitische Anpassung bildete die Grundlage für eine straffe Geldpolitik, da die Geldnachfrage (in breiter Abgrenzung) weiterhin langsamer wuchs als das nominale BIP. Die Kreditgewährung an die Wirtschaft stieg 1995 um 85 %; eine Ausweitung der Kredite an Lebensmittel importierende Stellen und an die Eisenbahngesellschaft wurde durch die kräftige Rückführung der Kreditgewährung an den Staat sowie durch verstärkte Maßnahmen der Risikovorsorge und zur Rekapitalisierung der Banken teilweise ausgeglichen. Die realen Zinssätze erreichten Ende 1995 positive Werte.

Trotz gedämpfter Nachfrage und einer beträchtlichen realen Abwertung des algerischen Dinar im Jahr 1994 weitete sich das Leistungsbilanzdefizit 1995 um 1,3 Prozentpunkte auf 5,6 % des BIP aus. Als Folge der Handelsliberalisierung und höherer Getreidepreise stiegen die Importe. Allerdings verbesserte sich die Zahlungsbilanz in der ersten Jahreshälfte von 1996 beträchtlich, und die Währungsreserven stiegen, da die Handelsbilanz sehr deutlich auf die Dinar-Abwertung reagierte und die in Erwartung einer Umschuldungsregelung erfolgte Austrocknung der kurzfristigen Kapitalzuflüsse in Form von Lieferantenkrediten mehr als kompensierte.

Im Zusammenhang mit der Reform des Finanzsektors kam es im Anschluß an die im Mai 1995 erfolgte Einführung regelmäßiger Wertpapierpensionsgeschäfte zur Einrichtung eines offiziellen Auktionssystems für den Verkauf handelbarer Schatzanweisungen auf dem Geldmarkt. Dies zielte darauf ab, Offenmarktoperationen der Zentralbank zu etablieren. Im Bereich der staatseigenen Unternehmen wurden die Betriebe harten Budgetrestriktionen unterworfen und von ihren quasifiskalischen Funktionen entbunden, um sie für die Privatisierung vorzubereiten. Außerdem wurden 84 lokale staatliche Unternehmen liquidiert, und eine Anzahl staatlicher Baufirmen wurde zusammengelegt oder aufgelöst. Die Behörden trafen auch Entscheidungen, um die finanziellen Schwierigkeiten des öffentlichen Wohnungsbauprogramms zu lösen und das Tempo bei der Errichtung von Wohngebäuden beizubehalten.

Bei ihrer Diskussion lobten die Direktoren die Behörden für die trotz schwieriger politischer und außenwirtschaftlicher Umstände mutige und standhafte Durchführung eines soliden Anpassungs- und Reformprogramms. Bei der Stabilisierung der Wirtschaft seien beträchtliche Fortschritte erzielt worden; dies habe zu einem deutlichen Rückgang der Inflation sowie einer Erholung des Wachstums und des Pro-Kopf-Einkommens geführt. Auch die Schaffung marktmäßiger Mechanismen, die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors und die weitreichende Liberalisierung des Außenhandels seien vorangekommen.

Die Direktoren waren daher der Ansicht, daß Algerien jetzt in einer günstigeren Lage sei, die fundamentalen Ziele des Programms zu erreichen: die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung und eine offene Volkswirtschaft, die vom Wachstum des Privatsektors angetrieben wird. Da die hohe Arbeitslosigkeit und das akute Wohnungsproblem den sozialen Konsens für Reformen gefährden könnten, riefen die Direktoren die Behörden zu verstärkten Anstrengungen auf, um für öffentliche Unterstützung für das Programm zu werben. Die Schaffung von wirtschaftlicher Sicherheit und politischer Stabilität sei wesentlich, um ausländische Investitionen und Technologietransfers zu er-

Tabelle 19

Algerien: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums Aussprache im Juni 1996 vorliegende Daten)¹

	1992	1993	1994	1995	1996 ²
	<i>Prozent</i>				
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	1,6	-2,2	-1,1	4,3	4,0
Arbeitslosenquote	21,3	23,2	24,4	24,8	28,0
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	28,0	16,1	38,6	21,9	15,1
	<i>Milliarden US-Dollar¹</i>				
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	11,5	10,4	8,9	10,3	12,6
Einfuhren, fob	8,3	8,0	9,2	10,2	9,6
Leistungsbilanz	1,3	0,8	-1,8	-2,3	0,2
Direktinvestitionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Kapitalbilanz	-1,2	-0,8	-2,5	-3,9	-2,8
Bruttoreserven (Periodenende)	1,5	1,5	2,6	2,1	3,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	2,8	1,6	-4,3	-5,6	0,3
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	52,0	53,0	70,3	78,4	72,4
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	78,3	82,2	48,7	43,8	32,7
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	27,0	14,2	-28,7	-6,0	5,0
	<i>Prozent des BIP¹</i>				
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo der Zentralregierung	-1,2	-8,7	-4,4	-1,4	2,6
Bruttoersparnis	31,2	30,8	27,4	26,5	28,3
Bruttoinvestitionen	28,4	29,2	31,8	32,0	28,0
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	23,9	21,5	15,4	10,5	15,0
Reposatz (Prozent)	17,0	17,0	21,0	23,0	20,0

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²IWF-Schätzungen.

halten, die für die Entfaltung des Privatsektors benötigt würden. Diese sei ihrerseits entscheidend für die Aufrechterhaltung eines ausreichend hohen Wachstumstempes, um den Anstieg der erwerbsfähigen Bevölkerung zu absorbieren und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Direktoren betonten, daß die Inflationsrate 1997 auf einstellige Werte zurückgeführt werden solle, um die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung zu festigen. Es sei daher erforderlich, weiterhin eine straffe Einkommenspolitik zu verfolgen. Die meisten Direktoren waren der Auffassung, daß 1996 ein kleiner Haushaltsüberschuß benötigt werde; dieser solle zum einen dazu dienen, die staatliche Verschuldung zurückzuführen, zum anderen erlauben, die Öl-Einnahmen für notwendige Maßnahmen im Infrastrukturbereich und bei der sozialen Absicherung zu verwenden. Die Direktoren lobten die Behörden für ihre Entscheidung, die Defizite in Neben Haushalten zu beseitigen und ab 1996 alle öffentlichen Ausgaben für den Wohnungsbau vollständig im Budget einzuplanen. Sie unter-

strichen auch die Bedeutung einer verstärkten Überwachung und Kontrolle der Ausgaben, von Lohnzurückhaltung, des Subventionsabbaus und einer effizienten Steuerverwaltung. Zahlreiche Direktoren warnten vor einer voreiligen Lockerung der Geld- und Zinspolitik; sie betonten, daß die Zinssätze real positiv bleiben müßten. Die Direktoren begrüßten, daß der Wechselkurs in einem aktiven Interbankenmarkt bestimmt werde, und empfahlen, die flexible Kursbildung beizubehalten.

Die Direktoren waren der Ansicht, daß die vorgeschlagene Reform des Wohnungsbaus diesen wichtigen Sektor auf eine stabilere Grundlage stellen würde. Sie rieten zur beschleunigten Entwicklung eines privaten Wohnungsmarktes und verwiesen darauf, daß der vermehrte Bau von Wohnungen zur Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß beitragen werde. Die Direktoren rieten den Behörden auch dringend dazu, die Privatisierung mit Entschlossenheit voranzutreiben, um das Eintreten der Regierung für die Marktwirtschaft zu dokumentieren. In diesem Zusammenhang äußerten sich einige Direktoren besorgt zu der Entscheidung der Regierung, vorübergehend die Lohnzahlungen für einige

zahlungsunfähige Unternehmen zu übernehmen. Ferner riefen die Direktoren dazu auf, einen geeigneteren rechtlichen Rahmen zu schaffen.

Wenngleich die mittelfristigen Zahlungsbilanzperspektiven Algeriens ermutigend seien, waren die Direktoren doch der Ansicht, daß die weiterhin gegebene Störanfälligkeit der Außenwirtschaftsposition ein rasches Vorschreiten bei den Strukturreformen und der Diversifizierung verlange. In Anbetracht der auf mittlere Sicht großen Schuldendienstbelastung sei eine vorsichtige Verschuldungspolitik notwendig. Man war sich darin einig, daß Algeriens beispielhafte Anpassungs- und Reformanstrengungen weiterhin die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verdienten.

Bangladesch

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Bangladesch im August 1996, nachdem eine im Juni 1996 gewählte neue Regierung ihr Amt angetreten hatte. Die Aushöhlung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität während der vorangegangenen Phase

politischer Unsicherheit hatte genügt, um die Schwächen der für die Wirtschaftspolitik in Bangladesch verantwortlichen Institutionen aufzuzeigen.

Die Zunahme des realen BIP wurde für 1995/96 auf 5,5 % geschätzt, wobei das Wachstum hauptsächlich durch die Erholung der Agrarproduktion ausgelöst wurde. Auch der Bergbau und der Abbau von Gestein entwickelten sich sehr gut, ebenfalls das Transportgewerbe, der Handel und die Wohnungswirtschaft; dagegen blieb das Wachstum in der Industrie, der Energiewirtschaft und im Baugewerbe hinter den Ergebnissen von 1994/95 zurück. Die Inflation schwächte sich 1995/96 etwas ab, verharrte aber auf der Basis eines neu eingeführten nationalen Preisindex mit aktualisierten (1985 und 1986) Gewichten bei über 6 %. Der Import von Nahrungsmittelgetreide stieg kräftig, und das Leistungsbilanzdefizit erhöhte sich von 3,3 % des BIP 1994/95 auf 4,8 % des BIP 1995/96 (siehe Tabelle 20).

Die Budgetprobleme verschärfen sich 1995/96, und die Haushaltspolitik lockerte sich in wichtigen Bereichen. Zwar trugen verringerte Ausgaben für Entwicklungsprojekte dazu bei, das Haushaltsdefizit unter die ursprünglichen Vorgaben abzusenken, die Finanzierungslast für das einheimische Bankensystem war gleichwohl doppelt so hoch wie das ursprüngliche Budgetziel. Örtlich finanzierte Projekte machten einen wesentlich höheren Anteil an den Entwicklungsausgaben aus; aufgrund von Ausgaben im Zusammenhang mit den Wahlen, Unterstützungszahlungen für Flutopfer und von im Budget nicht vorgesehenen höheren Zinszahlungen veränderte sich darüber hinaus auch die Struktur der laufenden Ausgaben. Der höhere inländische Finanzbedarf wurde über den Erwerb unverkaufter Schatzwechsel durch die Zentralbank gedeckt, um ein Ansteigen der offiziellen Zinssätze zu vermeiden.

Die Geldpolitik konnte weiterhin locker gehandhabt werden, da die inländische Nettokreditvergabe sich stark ausweitete, und zwar um 22,8 % gegenüber 16,5 % im Jahr davor. Da allerdings die Nettoauslands-

aktiva kräftig zurückgingen, verlangsamte sich das Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge auf 8,2 %, verglichen mit 16 % im Jahr davor. Der gewogene reale Wechselkurs stieg 1995/96 etwas. Um die Aufwertung zu verlangsamen, wurde der Taka-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar 1995/96 mehrfach abgewertet.

Bei ihrer Erörterung begrüßten die Direktoren, daß die neue Regierung jetzt die Gelegenheit habe, mutigere Politikmaßnahmen zu ergreifen. Sie rieten den Behörden nachdrücklich, eine grundlegende Überprüfung der Rolle des Staates vorzunehmen und den Finanzsektor zu reformieren.

Tabelle 20

Bangladesch: Konjunkturindikatoren¹*(Bei der Direktoriaussprache im August 1996 vorliegende Daten)²*

	1993	1994	1995	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriaussprache	Ergebnis ³
				<i>Prozent</i>	
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP ⁴	5,0	4,5	4,9	4,9	5,6
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt) ⁵	2,5	3,7	8,9	...	6,7
				<i>Milliarden US-Dollar²</i>	
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	2,4	2,5	3,5	3,9	3,9
Einfuhren, cif	4,1	4,2	5,8	6,8	6,9
Leistungsbilanz	-0,6	-0,4	-1,0	-1,6	-1,6
Kapitalbilanz	1,3	1,3	1,2	0,6	0,6
Bruttoreserven	2,1	2,8	3,1	2,0	2,0
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-2,6	-1,5	-3,3	-4,8	-4,7
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	47,9	55,3	51,5	49,7	44,0
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	12,0	11,4	9,7	10,7	9,4
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-3,3	-2,0	-4,6	1,9	1,9
				<i>Prozent des BIP²</i>	
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo der Zentralregierung	-5,4	-5,5	-6,4	-5,7	-5,3
Bruttoersparnis	10,6	12,9	12,3	10,3	11,0
Bruttoanlageinvestitionen	13,2	14,3	15,6	15,1	15,7
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	11,4	14,5	16,0	8,2	8,2
Geldmarktsatz der Bank von Bangladesch (Prozent; Periodenende)	6,5	5,5	5,5	6,5	6,5

¹Angaben für jeweils im Juni endende Haushaltsjahre.²Soweit nicht anders vermerkt.³Aktualisierte IWF-Schätzungen.⁴IWF-Schätzungen beruhen auf der auf 1989/90 umbasierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; offizielle Daten, die auf Gewichten von 1984/85 beruhen, weisen etwas niedrigere Schätzungen des BIP auf.⁵Beruhet auf dem aktualisierten Landesindex von 1985/86.

Die Direktoren sahen in einer Straffung der Finanzpolitik das zentrale Element der Reformanstrengungen. Sie betonten, daß die Regierung darauf achten müsse, Forderungen nach höheren Löhnen im öffentlichen Dienst zu widerstehen, die aus inländischen Quellen finanzierten Ausgaben mit geringer Priorität rechtzeitig zu kürzen und bereit zu sein, gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen durchzuführen. In Anbetracht der geringen Einnahmen/BIP-Relation des Landes empfahlen die Direktoren den Behörden, die Reform der Steuerverwaltung mit Nachdruck voranzubringen, die Steuerbasis zu verbreitern und Steuerbefreiungen abzuschaffen.

Die Direktoren unterstrichen, daß es wichtig sei, über die Begrenzung der Kreditaufnahme der Regierung bei den Banken und über die Beschränkung der Kreditgewährung der Zentralbank an Banken und Spezialkreditinstitute das Wachstum des inländischen Kreditvolumens zu dämpfen. Sie machten auch auf das Erfordernis einer unabhängigeren und wirksameren Rolle für die Zentralbank aufmerksam. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Flexibilität der Zinssätze weiter zu erhöhen; die Behörden müßten bereit sein, ihre monetären Ziele für 1996/97 ehrgeiziger zu setzen, um den angestrebten Inflationsabbau zu realisieren und die internationale Reserveposition zu stärken.

Die Direktoren ermutigten die Behörden im allgemeinen dazu, im Verbund mit einer gestrafften Geld- und Finanzpolitik ein stärker marktorientiertes Wechselkursregime einzuführen. Dies werde dazu beitragen, einen weiteren Abbau an Reserven zu verhindern; darüber hinaus werde die Durchführung der Geldpolitik erleichtert und der Rückgriff auf administrative Importkontrollen vermieden.

Die Direktoren stellten fest, daß die anhaltenden Verzögerungen bei der Umsetzung struktureller Reformen ein wichtiger Grund für die schwachen Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahren gewesen seien. Sie waren der Meinung, daß einer baldigen Reform der eng miteinander verbundenen Probleme im Finanzsektor und bei den öffentlichen Unternehmen höchste Priorität eingeräumt werden sollte. Während sie die laufenden Verbesserungen bei der Bankenaufsicht begrüßten, drängten sie die Behörden auch dazu, die Pläne zur Restrukturierung des Bankensystems beschleunigt umzusetzen. Unter Hinweis auf die hohen Verluste bei den staatseigenen Unternehmen forderten die Direktoren die Behörden mit Nachdruck dazu auf, schleunigst ein umfassendes Reform- und Privatisierungsprogramm zu entwickeln. Ein überzeugender Nachweis grundlegender und nachhaltiger Reformen werde Bangladesch bei der Mobilisierung der benötigten Auslandsunterstützung helfen.

Benin

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Benin im August 1996 und billigte einen Antrag auf eine Vereinbarung unter der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) des Fonds (siehe Kapitel 6). Die Erörterungen fanden vor dem Hintergrund einer anhaltend zufriedenstellenden wirtschaftlichen Entwicklung Benins statt, wofür die in den achtziger Jahren durchgeführten Anpassungsmaßnahmen, die Abwertung des CFA-Franc im Januar 1994 und verbesserte Terms of Trade verantwortlich waren.

Das reale BIP-Wachstum hat 1995 schätzungsweise fast 5 % erreicht; dagegen ist die Inflation zurückgegangen, und die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich weiter verbessert (siehe Tabelle 21). Benin hielt alle Erfüllungskriterien unter der ESAF Ende September 1995 ein, verfehlte aber Ende Dezember die Richtgrößen für die Nettokreditgewährung an die Regierung und für die Nettoinlandsaktiva der Zentralbank.

Die Investitionen stiegen 1995 auf etwa 19 % des BIP, von 15,8 % im Jahr 1994. Zum Teil war dies auf die starke Bautätigkeit und vermehrte Privatinvestitionen im Baumwollsektor zurückzuführen; daneben spielten öffentliche Infrastrukturprojekte eine Rolle, die im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der frankophonen Länder durchgeführt worden waren. Benins verbesserte Terms of Trade führten zu höheren Einkommen und zu einer Zunahme des privaten Verbrauchs um ungefähr 10 %. Der Investitionsboom wurde nicht von einem entsprechenden Anstieg der Ersparnis begleitet, und das Leistungsbilanzdefizit weitete sich 1995 auf 8,6 % aus. Die Importe stiegen wegen des kräftigen Wachstums der Inlandsnachfrage um 38 %, wohingegen der Warenexport wegen einer enttäuschenden Baumwollernte praktisch unverändert war.

Die fiskalischen Entwicklungen waren 1995 im allgemeinen günstig, und Benin übertraf die wichtigsten Ziele sogar etwas, so für den eng definierten Primärüberschuß und das Verhältnis von Steuereinnahmen zum BIP. Das gesamtstaatliche Defizit wurde auf etwa 7 % des BIP begrenzt; das war etwas weniger als erwartet. Dagegen überstiegen die Primärausgaben die Zielgröße, was zum Teil auf unvorhergesehene Infrastrukturausgaben zurückzuführen war. Die Überschreitungen wurden teilweise ausgeglichen durch geringere Ausgaben für Gesundheit und Erziehung. Die Nettokreditgewährung an die Regierung lag zwar ebenfalls über dem Programmziel, für die zweite Jahreshälfte von 1996 wurde aber eine Umkehr erwartet. Wenn gleich die Nettoinlandsaktiva des Bankensystems expandierten, so stiegen seine Nettoauslandsaktiva doch weniger stark als vorgesehen.

Die Behörden setzten ihre Bemühungen fort, den privaten Sektor durch Privatisierung, Restrukturierung und Preisliberalisierung zu stärken. Anfang 1995 wur-

den die Preiskontrollen für sieben Produkte aufgehoben, womit nur noch die Preise von fünf Erzeugnissen einer Regierungsgenehmigung bedürfen.

Bei ihrer Erörterung gingen die Direktoren auf die erhebliche Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage Benins in den letzten Jahren ein, die sich nach der Durchführung nacheinander geschalteter Anpassungsprogramme durch solides Wachstum und geringere Inflation auszeichne. Allerdings stellten sie fest, daß die Wirtschaft nicht ausreichend diversifiziert sei und verstärkte wirtschaftspolitische Anstrengungen erforderlich seien, um die inländische Ersparnis zu erhöhen, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und die Aktivitäten des privaten Sektors zu unterstützen.

Auf dem Gebiet der Finanzpolitik forderten die Direktoren zu stärkeren Anstrengungen auf, um die Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen zu verringern und einen Anstieg der inländischen Ersparnis herbeizuführen. Sie betonten auch die Notwendigkeit, die Haushaltsansätze für Erziehung, Gesundheit und andere soziale Bereiche zu erhöhen. Zwar hießen sie die Entscheidung gut, die steuerliche Belastung des Baumwollsektors über eine Erhöhung der Erzeugerpreise zu vermindern, sie verlangten jedoch kompensierende steuerliche Maßnahmen. Die Direktoren begrüßten eine Reihe von Entwicklungen in Benin, die eine effizientere Allokation von Finanzmitteln in der Region fördern würden: die Erweiterung der Finanzinstrumente, die Schaffung eines regionalen Finanzmarktes und die Vertiefung des regionalen Interbankenmarktes.

Die Direktoren betonten, wie wichtig es sei, dem privaten Sektor mehr Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen, und ermunterten die Behörden, mit der Privatisierung weiter voranzuschreiten; dies werde ein von der Privatwirtschaft getragenes Wirtschaftswachstum begünstigen. Während sie die in jüngster Zeit erfolgte beträchtliche Erhöhung der Baumwollproduktion zur Kenntnis nahmen, empfahlen sie, die Rolle des Staates in diesem Sektor zu verringern.

Die Direktoren waren der Ansicht, daß Benins Anpassungsanstrengungen weiterhin die Unterstützung

Tabelle 21

Benin: Konjunkturindikatoren*(Bei der Direktoriumsaussprache im August 1996 vorliegende Daten)*

	1993	1994 ¹	1995 ¹	1996 ¹
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	3,2	4,3	4,8	5,5
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	4,1	54,3	3,1	6,7
	<i>Millionen US-Dollar²</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren	111,7	174,5	234,9	289,3
Einfuhren	369,2	277,1	435,8	458,8
Leistungsbilanz ³	-158,6	-76,5	-177,7	-163,6
Kapitalbilanz	-33,7	-20,7	10,3	48,1
Bruttoreserven	174,6	173,7	128,5	164,8
Leistungsbilanz (Prozent des BIP) ³	-7,5	-5,0	-8,6	-7,3
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	72,4	86,4	82,0	79,6
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Nichtfaktordienstleistungen) ⁴	18,6	19,7	17,5	15,1
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-0,2	-35,8	7,5	...
	<i>Prozent des BIP²</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-4,7	-6,9	-7,0	-6,6
Bruttoersparnis ⁴	9,6	12,8	11,7	12,6
Bruttoinvestitionen	14,9	15,8	19,0	17,8
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	5,9	41,2	16,1	14,0
Zinssatz (Prozent) ⁵	7,5	5,5	6,0	5,5

¹IWF-Schätzungen.²Soweit nicht anders vermerkt.³Ausschließlich offizieller Zuschüsse.⁴Einschließlich laufender offizieller Zuschüsse, aber ausschließlich projektbezogener Zuschüsse.⁵Durchschnittliche monatliche Geldmarktsätze; Periodenende.

der internationalen Finanzgemeinschaft verdienten. Die Auslandsverschuldung sei zwar hoch, aber die von den Behörden beantragten Maßnahmen zur Verringerung des Schuldenstandes dürften die Schuldenindikatoren in den nächsten Jahren verbessern. Gleichwohl werde die Wirtschaft gegenüber außenwirtschaftlichen Störungen anfällig bleiben. Um im Laufe der Zeit ein breit fundiertes Wachstum und eine tragfähige Verschuldungsposition zu erlangen, müsse Benin daher eine solide Wirtschaftspolitik und Strukturreformen durchführen; diese müßten Hand in Hand gehen mit einer vorsichtigen Verschuldungspolitik und angemessenen Finanzhilfen zu konzessionären Bedingungen.

Chile

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Chile im August 1996. Die chilenische Wirtschaft entwickelte sich 1995 weiterhin sehr kräftig. Die Pro-

Tabelle 22

Chile: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums aussprache im August 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1995 ²	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums aussprache	Ergebnis ³
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	6,3	4,2	8,5	7,4	7,2
Arbeitslosenquote	4,7	6,0	5,4
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	12,2	8,9	8,2	7,0	6,6
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	9,2	11,6	16,0	15,1	15,4
Einfuhren, cif	-10,2	-10,9	-14,7	-16,4	16,5
Leistungsbilanz	-2,1	-0,6	0,2	-2,7	-2,9
Direktinvestitionen	0,9	1,9	1,9	2,1	4,2
Portfolioinvestitionen	0,8	1,3	0,0	1,3	1,2
Kapitalbilanz	2,7	4,6	1,2	3,7	5,0
Bruttoreserven	9,7	13,2	14,2	14,8	14,9
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-4,5	-1,2	0,2	-3,8	-4,1
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	42,0	41,2	32,4	34,5	36,3
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	24,6	19,2	26,0	25,4	31,8
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent) ⁴	-1,9	4,9	2,2	...	3,9
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	1,9	2,7	3,7	2,9	3,0
Bruttoersparnis	24,2	25,6	27,6	23,9	23,6
Bruttoinlandsinvestitionen	28,8	26,8	27,4	27,7	27,7
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	27,0	19,3	27,4	19,3	23,5
Zinssatz (Prozent) ⁵	6,5	6,4	6,1	...	7,3

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Vorläufig.

³Aktualisierte IWF-Schätzungen.

⁴Im Dezember abgelaufener Zwölfmonatszeitraum. Rückgang bedeutet Abwertung des chilenischen Peso.

⁵Durchschnittlicher Jahressatz auf von der Zentralbank indexierte 90-Tages-Schuldscheine.

duktion wuchs mit einer Rate von 8,5 %, und die Inflation ging von 8,9 % im Jahr 1994 auf 8,2 % zurück. Die Arbeitslosigkeit sank von 5,9 % Ende 1994 bis Ende 1995 auf 4,7 % (siehe Tabelle 22). Der inländische Nachfragedruck erhöhte sich im Jahresverlauf, und die aggregierte Inlandsnachfrage stieg um 13 %. Das Wachstum der Kredite an den privaten Sektor beschleunigte sich von 20 % im Jahr 1994 auf 23 % im Jahr 1995. Außergewöhnlich hohe Kupferpreise und geringer als erwartet ausgefallene Haushaltsausgaben ließen den Überschuss des öffentlichen Sektors 1995 auf 2,8 % des BIP anschwellen, nach 1,2 % im Jahr 1994.

Als Folge eines kräftigen Anstiegs von Chiles wichtigsten Exportpreisen schloß die Leistungsbilanz 1995 praktisch ausgeglichen ab, nach einem Defizit von 1,2 % des BIP im Jahr 1994. Teilweise aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung staatlicher Auslandsverbindlichkeiten und eines Umschwungs bei den Portfolioinvestitionen zu Nettoabflüssen, gingen die gesamten Kapitalimporte von 3,8 Mrd \$ im Jahr 1994 auf unter 1 Mrd \$ 1995 zurück. Die offiziellen Währungsreserven beliefen sich Ende 1995 auf 14,2 Mrd \$; dies war ein Anstieg um 1,4 Mrd \$. Der gewogene reale Wechselkurs des chilenischen Peso wertete sich 1995 um 2,2 % auf.

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal 1996 war kräftig. Verglichen mit dem gleichen Zeitraum im Jahr 1995 stiegen die Inlandsnachfrage insgesamt um 13 % und die Produktion um 9 %. Der Handelsbilanzüberschuß schrumpfte aufgrund niedrigerer Exportpreise, und die Kapitalimporte erhöhten sich in der ersten Jahreshälfte von 1996 beträchtlich.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für ihre geschickte Wirtschaftspolitik und die beeindruckenden wirtschaftlichen Leistungen der letzten Jahre: Rückgang der Arbeitslosigkeit, niedrigere Inflation, hohe Ersparnis und Investitionen, eine solide Außenwirtschaftsposition und ermutigende Verbesserungen der sozialen Verhältnisse.

Wenngleich die mittelfristigen Aussichten günstig blieben, waren die Direktoren doch der Meinung, daß Chiles wichtigste Herausforderung darin bestehe, die Inflation auf das Niveau der Industrieländer abzusenken. In diesem Zusammenhang betonten die Direktoren, daß entschlossenere Maßnahmen zum Abbau der Indexierungspraxis zur Realisierung des Inflationsziels beitragen würden. Wegen der Notwendigkeit, die private Nachfrage auf ein durchhaltbares Niveau zu begrenzen, wurde die aktuell straffe Geldpolitik von den Direktoren im großen und ganzen als angemessen angesehen. Sie empfahlen, diesen Kurs beizubehalten, bis es klare Anzeichen dafür gebe, daß die Inflation im Einklang mit dem Ziel der Behörden für 1996 zurückgehe.

Die Direktoren billigten den haushaltspolitischen Kurs der Behörden für 1996, der restriktiver war als im Budget vorgesehen. Eine derartige Ausrichtung werde dazu beitragen, die Last für die Geldpolitik und den Aufwertungsdruck zu verringern. Die Direktoren wiesen darauf hin, daß die Realisierung der Budgetziele eine Begrenzung der Personalausgaben und eine strikte Überwachung der nicht-prioritären Ausgaben erfordere.

Der bei der Liberalisierung der Kapitalexperte erzielte erhebliche Fortschritt wurde vom Direktorium begrüßt. Was die zur Begrenzung von Kapitalimporten bestehenden Regelungen anbelangt, stützten mehrere Direktoren die Sichtweise der Behörden, daß die Maßnahmen zur Begrenzung der Kapitalimporte dazu beigetragen hätten, den Anteil von längerfristigen, nicht zur Verschuldung führenden Zuflüssen zu erhöhen und hierdurch die Wirtschaft vor unerwünschter Volatilität zu schützen. Diese Direktoren waren der Ansicht, daß es riskant sei, die Kontrollen jetzt aufzugeben. Mehrere andere Direktoren stellten dagegen fest, daß die Zuflüsse kräftig geblieben seien, obwohl diese Regulierungen seit einigen Jahren bestünden und zunehmend ausgeweitet worden seien. Sie merkten an, daß derartige Regulierungsmaßnahmen im Laufe der Zeit an Wirksamkeit einbüßten, während ihre Kosten für die Volkswirtschaft anstiegen, und sie rieten den Behörden, die Vorschriften im Laufe der Zeit zu liberalisieren. Diese Direktoren führten aus, daß ein flexibleres Wechselkurssystem besser geeignet sei, um sowohl die Kapitalimporte zu dämpfen als auch die Indexierung zu verringern.

Die Direktoren lobten die Behörden für die Betonung gezielter sozialpolitischer Maßnahmen und für ihre Anstrengungen, Einkommensunterschiede abzumildern, ohne dabei die fiskalische Stabilität zu gefährden. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die geplante, ehrgeizige Reform des Erziehungswesens. Die Direktoren betonten, daß sich die Behörden der Umweltprobleme zwar bewußt seien, dem Umweltschutz aber eine größere Bedeutung beigemessen werden müsse.

Nach der Direktoriumsaussprache verlangsamte sich das Produktionswachstum auf 7,2 %, und die Inflationsrate ging im Jahr 1996 auf 6,6 % zurück. Aufgrund gesunkener Exportpreise verschlechterte sich die Haushaltslage (einschließlich der Verluste der Zentralbank); dennoch wurde ein Überschuß von etwa 1,2 % des BIP erzielt, während die Leistungsbilanz in ein Defizit von etwa 4 % des BIP umschlug. Die privaten Kapitalimporte (hauptsächlich Direktinvestitionen) stiegen auf einen Rekordwert von 4,1 Mrd \$ (5,7 % des BIP). Die offiziellen Währungsreserven erhöhten sich um 0,7 Mrd \$ auf 15 Mrd \$ zum Jahresende (ungefähr elf Importmonate von Gütern und Nichtfaktor-Dienstleistungen). Der gewogene Außenwert des chilenischen Peso stieg 1996 um 3,8 %.

China

Das Direktorium schloß die Artikel IV-Konsultation mit China im Juni 1997 ab. Obwohl die Konsultation nach Ende des Geschäftsjahres 1997, das Gegenstand des vorliegenden *Jahresberichts* ist, stattfand, wurde die China-Konsultation ausnahmsweise deshalb berücksichtigt, weil die Jahresversammlung des Fonds 1997 in Hongkong, China stattfindet.

Das Direktorium trat zusammen in einem Umfeld anhaltenden robusten Wachstums und stetig sinkender Inflation in China. Das reale BIP-Wachstum war 1996 9 3/4 % (Tabelle 23) und 9 1/2 % im ersten Vierteljahr 1997, wobei eine starke Zunahme der Nettoexporte eine gewisse Schwäche der Inlandsnachfrage ausglich. Eine Mäßigung des Nachfragedrucks und gute Ernten hatten zur Folge, daß sich der Anstieg der Einzelhandelspreise Ende 1996 auf 4 1/2 % verlangsamte und während des ersten Quartals 1997 im Schnitt nur 2,6 % ausmachte.

Die Geld- und Fiskalpolitik blieben 1996 und Anfang 1997 eher restriktiv. Das Defizit des gesamten Staatssektors verringerte sich infolge konsequenter Zügelung der Ausgaben und einer anscheinenden Stabilisierung des Verhältnisses von Einnahmen zum BIP.

Die Behörden hatten eine Bremsung des M2-Wachstums auf 25 % bis Ende 1996 zum Ziel. Dieses wurde erreicht, und Anfang 1997 hielt diese Entwicklung weiter an. Ende 1996 erklärte sich die Volksbank China mit einer höheren Reserveanforderung einverstanden, die sich aus einer strengeren Anwendung der Vorschriften ergab, und daher wuchs die Zentralbankgeldmenge, aber die zugrundeliegende Wachstumsrate blieb im großen und ganzen unverändert; eine straff kontrollierte Vergabe der Zentralbankkredite an das Bankensystem glich einen weiteren starken Anstieg der Nettoauslandsaktiva aus. In Anbetracht des beachtlichen Rückgangs der Inflation im Jahre 1996 wurden die administrativ festgesetzten Zinssätze zweimal gesenkt.

Das Wachstum von Einfuhren und Ausfuhren verlangsamte sich 1996 vorübergehend, mit einer leichten Nettoverringering des Handelsüberschusses. Im ersten Vierteljahr 1997 wies die Handelsbilanz einen Überschuß von fast 7 Mrd US-\$ aus. Im Jahre 1996 wurde ein starker Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen verzeichnet, und die offiziellen Währungsreserven erreichten zum Jahresende 108 Mrd US-\$ (den Gegenwert der Einfuhren von neun Monaten). Der Renminbi blieb dem US-Dollar gegenüber stabil, wertete aber in effektiver Betrachtung auf, weil die Inflation Chinas höher war als die seiner Handelspartner.

Die gesamtwirtschaftliche Stärke verhüllte beträchtliche Unterschiede zwischen Sektoren und Regionen, vor allem weil sich die Leistung der Staatsunternehmen stark von der des nichtstaatlichen Sektors unterschied; der Staatssektor wurde weiterhin mit beträchtlichem

Tabelle 23

China: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums aussprache im Juni 1997 vorliegende Daten)

	1993	1994	1995	1996 ¹
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	13,5	12,6	10,5	9,7
Veränderung der Einzelhandelspreise (Periodendurchschnitt)	13,0	21,7	14,8	6,1
	<i>Milliarden US-Dollar²</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob	75,9	102,6	128,1	128,5
Einfuhren, cif	-86,3	-95,3	-110,1	-114,6
Leistungsbilanz ³	-11,9	7,7	1,6	3,9
Direktinvestitionen	23,1	31,8	33,8	38,8
Portfolioinvestitionen	3,0	3,5	0,8	2,4
Offizielle Bruttoreserven ⁴	23,0	53,5	76,0	107,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-2,7	1,4	0,2	0,5
Auslandsschulden	84,4	95,0	106,6	116,2
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Nichtfaktordienste)	12,6	11,6	10,6	10,9
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent) ⁵	-1,90	9,01	5,34	4,95
	<i>Prozent des BIP²</i>			
Finanzielle Größen				
Gesamtbilanz des Staatshaushalts ⁶	-2,0	-1,6	-1,7	-1,5
Bruttoersparnis	40,6	42,6	41,1	42,9
Bruttoinlandsinvestitionen	43,3	41,2	40,8	42,4
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent) ⁷	24,0	34,5	29,5	25,3
Zinssatz (Prozent; Einjahres-Termin-einlagen, Jahresende)	10,98	10,98	10,98	7,47 ⁸

¹IWF-Schätzungen.

²Soweit nicht anders vermerkt.

³1995 und 1996 sind die Zeitreihen wegen Änderungen in der Erfassung von Dienstleistungsposten unterbrochen worden.

⁴Einschließlich Gold, SZR-Bestände und Reservepositionen im Fonds.

⁵Durchschnittswerte für Dezember.

⁶Zentralregierung und Lokalbehörden.

⁷Periodenende; Banken-Umfrage. Wegen eines Zeitreihenbruchs im Jahre 1993 sind für das genannte Jahr keine Wachstumsraten verfügbar, stattdessen werden (im großen und ganzen ähnliche) monetäre Umfragedaten mitgeteilt.

⁸Ende März 1997.

Abstand überholt. Die Strukturreform war auf den Außenwirtschafts- und den Finanzsektor konzentriert. Im April 1996 wurde ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das niedrigere Einfuhrzölle, die allmähliche Abschaffung von Zollausnahmen und bestimmte Erleichterungen der nichttarifären Restriktionen enthielt. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1996 übernahm China die Verpflichtungen aus Artikel VIII des IWF an. Im Finanzsektor wurden Schritte unternommen, um die Infrastruktur und die Instrumente der indirekten geldpolitischen Kontrolle zu stärken.

Die Direktoren begrüßten die geschickte, beharrliche Umsetzung vorsichtiger gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen und Strukturreformen durch die chinesischen Behörden, die eine weiche Landung möglich machten und gleichzeitig China weiterhin für die Weltwirtschaft öffneten und das Land zunehmend in diese integrierten. Nach ihrer Ansicht besteht die Hauptaufgabe darin, diese günstige Situation zu nützen und ehrgeizige, umfassende Strukturreformen vorzunehmen; insbesondere gilt es, die tief verwurzelten Schwächen der Staatsunternehmen und des Finanzsystems in Angriff zu nehmen, damit der Übergang Chinas in eine stärker auf dem Markt fußende Wirtschaft beschleunigt wird.

Die Direktoren betonten, daß die Beibehaltung vorsichtiger gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen wichtig ist, damit die Inflation niedrig bleibt. Sie vermerkten die rasche Zunahme der breit abgegrenzten Geldmenge und ließen eine allgemeine Warnung laut werden: ein gegenüber der für 1997 geplanten Geldpolitik der Regierung stärker gezügeltes Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge wäre ein Gebot der Vorsicht.

Die Direktoren betonten gleichfalls, daß die Entwicklung eines mittelfristigen Rahmenkonzeptes für die Fiskalpolitik helfen würde, die Prioritäten der öffentlichen Ausgaben festzulegen, die damit verbundenen Finanzierungsquellen zu identifizieren und die Gesamtausrichtung der Finanzpolitik zu beurteilen. Sie wiesen auch auf die Notwendigkeit einer größeren Transparenz des

Haushalts hin. Ferner sei eine deutliche Verbesserung des Haushaltseinkommens nötig, um eine starke Fiskalposition insgesamt zu sichern. In diesem Zusammenhang wurde eine Verbreiterung der Einkommensteuern und der Mehrwertsteuer vorgeschlagen sowie eine Stärkung der Steuerverwaltung und die allmähliche Abschaffung der Steuererleichterungen für fremdfinanzierte Unternehmen. Ganz allgemein, im Zusammenhang mit der Marktwirtschaft, unterstrichen die Direktoren die Bedeutung eines einfachen, breit angelegten Steuersystems, das keine Verzerrungen verursacht.

Angesichts der anhaltenden Schwäche der staats-eigenen Unternehmen waren die Direktoren der Ansicht, daß einer Beschleunigung der Unternehmensreform Priorität beigemessen werden soll, um einen stabilen gesamtwirtschaftlichen Rahmen zu sichern und die Konkurrenzfähigkeit und Effizienz zu verbessern. Sie begrüßten den Entschluß der Behörden, größere Befugnisse in der Betriebsführung und unterschiedliche Formen des Eigentums zuzulassen.

Die Direktoren legten Nachdruck auf die Notwendigkeit einer verbesserten kommerziellen Ausrichtung und Solidität des Finanzsystems.

Die Direktoren begrüßten die Annahme des Artikels VIII durch die Behörden. Angesichts des raschen Anstiegs der internationalen Währungsreserven in den letzten Jahren und der Aussicht auf weiteren Anstieg in der Zukunft waren die Direktoren der Ansicht, daß eine Beschleunigung der Handelsliberalisierung dem Anpassungsprozeß dienlich wäre; sie würde die Effizienz verbessern und den Druck auf die Geldpolitik vermindern, der durch die sehr starke außenwirtschaftliche Position entsteht.

Die Wirtschaftsstatistik bedarf nach Ansicht der Direktoren noch sehr einer Verbesserung, inklusive der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Haushaltsrechnung und der externen Konten.

Die Direktoren beglückwünschten China zu dem historischen Ereignis der Wiedervereinigung Hongkongs mit China, wodurch neue Möglichkeiten zur größeren Prosperität Chinas, Hongkongs und der Weltwirtschaft eröffnet würden.

Ghana

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Ghana im Juni 1996 und überprüfte den Fortschritt des Landes unter der ersten ESAF-Jahresvereinbarung. Diese Vereinbarung war am 30. Juni 1995 vor dem Hintergrund eines sich verstärkenden Inflationsdrucks genehmigt worden, wofür Durchführungsschwächen in der Finanzpolitik und Schwierigkeiten der nationalen Erdölgesellschaft Ghanas (GNPC) verantwortlich waren, die eine kräftige Kreditausweitung verursacht hatten. Die Behörden unternahmen als Teil des Programms Schritte zur Verringerung der starken Überziehung des Kontos der GNPC bei der Zentralbank, unterbanden ihren Zugang zu neuen Krediten und unterstellten ihre Ölhandelsaktivitäten der Kontrolle des Finanzministeriums. Diese Maßnahmen trugen zur Verringerung der Inflation bei, und zwar von einer saisonbereinigten Jahresrate in Höhe von 120 % im Juli 1995 auf 70 % im September 1995.

Das Geldmengenwachstum wurde 1994 auch durch das Unvermögen der Zentralbank in die Höhe getrieben, die liquiditätsmäßigen Auswirkungen unerwartet hoher Devisenzuflüsse aus dem Export von Gold und

Nutzholz zu absorbieren. Im Zusammenhang mit Kapitalzuflüssen aus dem Kakaosektor traten im vierten Quartal 1995 erneut derartige Probleme auf. Zusammen mit einer guten Leistungsbilanzentwicklung erhöhten diese Zuflüsse Ghanas Devisenreserven. Die Nettoauslandsposition der Zentralbank übertraf das für Ende 1995 gesetzte Ziel um einen Gegenwert in Höhe von 30 % der Zentralbankgeldmenge. Die breit abgegrenzte Geldmenge stieg deshalb 1995 um 37 % (siehe Tabelle 24). Trotzdem ging die Inflation weiter zurück, und zwar auf eine saisonbereinigte Jahresrate von 54 % zum Ende des Jahres.

Das Wachstum des realen BIP betrug in den Jahren 1994 und 1995 3,8 % bzw. 4,5 %. Der Bergbau wuchs 1995 kräftig, und die Landwirtschaft expandierte um 4,5 %, aber die Produktion des verarbeitenden Gewerbes war schwach. Auch die Einnahmesituation wies ein differenziertes Bild auf: Die der öffentlichen Hand zustehenden Dividenden und Gewinnanteile aus dem Bankensektor und dem Bergbau entwickelten sich günstig, die Einnahmen aus Öl- und Einfuhrsteuern blieben jedoch hinter den Erwartungen zurück. Ghana schränkte 1995 seine laufenden Ausgaben ein, indem es die Personalkosten des öffentlichen Dienstes auf 5,7 % des BIP begrenzte und im Inland weniger Zinsen zahlte als erwartet. Der Haushalt verzeichnete 1995 ein Gesamtdefizit auf Zusagenbasis von 4,5 % des BIP und überschritt das Programmziel um 1,3 Prozentpunkte, wofür zum Teil Mehrausgaben für den Straßen- und Autobahnbau verantwortlich waren.

Bei ihrer Erörterung wiesen die Direktoren darauf hin, daß es Ghana mit beharrlichen Anpassungs- und Reformanstrengungen gelungen sei, erhebliche Fortschritte zu erzielen, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung unter dem ESAF-Programm enttäuschend uneinheitlich verlaufen sei. 1995 sei die Inflation auf ein unannehmbar hohes Niveau gestiegen. Die private Ersparnis und die Investitionen seien schwach geblieben, das wirtschaftliche Wachstum habe das Ziel verfehlt, und die Deregulierung des Erdöl- und des Kakaosektors sei aufgeschoben worden.

Die Direktoren stellten fest, daß die hohe Inflation und die wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen bis Mitte 1995 das Vertrauen untergraben und damit den für anhaltendes Wachstum notwendigen Anstieg der privaten Ersparnis und der Investitionen verhindert hätten. Obwohl die Entwicklung des Außenwirtschaftssektors 1995 besser als erwartet gewesen sei, habe eine inkonsequente Politik verhindert, daß Ghana die Früchte seiner früheren Anstrengungen vollständig habe ernten können.

Die Direktoren begrüßten die von Ghana seit Ende 1995 unternommenen Schritte zur Korrektur der Fehlentwicklungen bei der Programmumsetzung und nahmen die zufriedenstellende Entwicklung im ersten

Tabelle 24

Ghana: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums aussprache im Juni 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1995	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums- aussprache	Ergebnis ²
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	5,0	3,8	4,5	5,0	5,2
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	27,7	34,2	70,8	25,0	32,7
<i>Millionen US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	1 063,6	1 226,8	1 431,2	1 597,4	1 510,1
Einfuhren, fob	-1 728,0	-1 579,9	-1 687,2	-1 947,2	-1 835,1
Leistungsbilanz ³	-559,1	-264,9	-141,8	-210,6	-273,0
Direktinvestitionen	25,0	30,0	35,0	20,0	20,0
Gesamtbilanz	41,2	163,8	284,0	115,3	-18,9
Bruttoreserven	420,4	592,9	779,7	832,5	598,9
Leistungsbilanz (Prozent des BIP) ⁴	-9,2	-4,9	-2,2	-3,4	-4,3
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	82,5	94,5	80,8	84,8	78,8
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	35,7	27,4	35,8	24,0	27,9
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Jahresdurchschnitt; Prozent)	-13,2	-17,6	14,1	...	12,2
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors ⁵	-7,7	-3,5	-4,5	-2,0	-8,8
Bruttoersparnis	5,6	10,8	16,4	14,6	14,4
Bruttoinvestitionen	14,8	15,9	18,6	17,9	18,7
Veränderung der breit abgegrenz- ten Geldmenge (Prozent)	27,4	46,2	37,4	5,0	34,2
Diskontsatz für 91-Tages-Schatz- wechsel (Prozent; Periodenende)	32,0	29,5	40,5	...	42,8

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Aktualisierte IWF-Schätzungen.

³Ohne Veräußerungserlöse.

⁴Einschließlich offizieller Zuschüsse.

⁵Einschließlich Veräußerungserlöse.

Quartal 1996 zur Kenntnis. Sie sahen in dem Wirtschaftsprogramm für 1996 die ernsthafte Anstrengung, den ursprünglichen Programmzielen nachzukommen und ein disziplinierendes Regelwerk für die Wirtschaftspolitik im Vorfeld der Wahlen Ende 1996 zu schaffen. Die Direktoren ermahnten die Behörden dazu, dem Druck nach höheren Ausgaben nicht nachzugeben und alle Elemente des Programms vollständig umzusetzen. Sie betonten ferner, daß eine deutliche und dauerhafte Rückführung der Inflationsrate ein vorrangiges Programmziel sei und wichtigstes Ziel der Geldpolitik sein sollte. Sie begrüßten Hinweise auf eine Abschwächung des Wachstums der Zentralbankgeldmenge, die nun innerhalb der vom Programm vorgegebenen

Grenzen verlaufe; auch sei die Inflationsrate gesunken. Sie betonten, daß Glaubwürdigkeit, Disziplin und Stetigkeit bei der Durchführung der Geld- und Finanzpolitik für die Verringerung der Inflation ausschlaggebend seien.

Die Direktoren empfanden die Haushaltsmaßnahmen als ermutigend, die zur Begleichung der Zahlungsrückstände gegenüber ortsansässigen Lieferanten und zur Kontrolle der Ausgaben für den Strassenbau durchgeführt worden waren. Sie unterstrichen ferner, daß das günstige Ergebnis der Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst die Fortsetzung einer restriktiven Haushaltspolitik begünstige, und betonten, daß es wichtig sei, wirksame Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der Staatsausgaben einzuführen. Nach Ansicht der Direktoren sollte sich Ghana mittelfristig weniger auf die Besteuerung des Handels stützen, als vielmehr die Steuerbasis verbreitern.

Die Direktoren betrachteten Strukturreformen als wesentlich zur Beschleunigung des Wachstums und zur Milderung der Armut. Diese sollten darauf abzielen, den privaten Sektor zu stärken und die finanzielle Belastung zu verringern, die die öffentlichen Unternehmen dem Staat aufbürdeten. Zwar begrüßten die Direktoren die bei der Deregulierung von Vermarktung und Preisgestaltung des Erdöls sowie bei der Unterbindung des Zugangs der GNCP zu Zentralbankkrediten erzielten Fortschritte,

sie äußerten jedoch Vorbehalte zu der Praxis, der GNCP staatliche Garantien zu gewähren, und forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, die Umstrukturierung des Erdölsektors fortzusetzen. Zudem ermutigten sie die Behörden, die Liberalisierung der Kakaoexporte durch Verringerung — wenn nicht gar Abschaffung — der Exportsteuern voranzubringen; dies könne in einer Weise geschehen, die Wettbewerb und Regulierung miteinander verbinde, um einen freien Markt zu gewährleisten und gleichzeitig die Qualitätskontrolle zu sichern. Die Direktoren begrüßten die Absicht der Behörden, die Beteiligungen der Regierung im Bankensektor abzubauen.

Die Direktoren stimmten überein, daß Ghana bei Fortsetzung einer soliden Wirtschaftspolitik seine Auslandsverschuldung mittelfristig unter Kontrolle bekommen könne und daß die Zahlungsbilanz robust genug zu sein scheine, um kleineren Schocks zu widerstehen. Gleichwohl rieten sie zu einer sorgfältigen Überwachung von Ghanas Schuldsituation.

Guatemala

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Guatemala im Oktober 1996. Den guatemaltekischen Behörden war es 1995 gelungen, das Defizit des gesamten öffentlichen Sektors über höhere Staatseinnahmen und eine zurückhaltende Ausgabenpolitik zu verringern. Angetrieben von hohen Kaffeepreisen, wuchs das reale BIP 1995 um 5 %, und die Inflation ging auf 8,5% zurück (siehe Tabelle 25). Die Währungsreserven sanken, wofür eine lockere Kreditpolitik und ein Rückgang der Entwicklungshilfe verantwortlich waren.

Unter einer neuen Regierung verbesserte sich die Haushaltsposition 1996 weiter. Die Gründe hierfür lagen zum einen in zusätzlichen Maßnahmen auf der Einnahmenseite, wozu die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 7 % auf 10 % sowie die Einführung einer besonderen, zeitlich befristeten Solidaritätssteuer gehörten, zum anderen in einer straffen Ausgabenkontrolle. Trotz der in den beiden vorangegangenen Jahren erzielten Verbesserung blieb Guatemalas Steuerquote mit 8,5 % des BIP im regionalen Vergleich niedrig, und die für die grundlegenden sozialen Bedürfnisse sowie die Infrastruktur zur Verfügung stehenden Ressourcen waren weiterhin unzureichend. Die Kreditgewährung an den privaten Sektor expandierte in der ersten Jahreshälfte anhaltend kräftig, verlangsamte sich aber anschließend, als die Zentralbank die Kreditpolitik straffte.

Wegen der Auswirkungen der niedrigeren Kaffeepreise auf die Inlandsnachfrage schwächte sich das Wirtschaftswachstum 1996 auf schätzungsweise 3 % ab; dagegen stieg die Inflation. Zum Zeitpunkt der Erörterung wurde mit einem leichten Rückgang des Leistungsbilanzdefizits und einer nahezu ausgeglichenen Zahlungsbilanz gerechnet (tatsächlich verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit auf weniger als 3 % des BIP, und die Zahlungsbilanz schloß mit einem Überschuß ab). Nachdem der Quetzal im ersten Quartal 1996 unter Abwertungsdruck gestanden hatte, was die Zentralbank zum Verkauf von Devisen veranlaßte, wertete sich die Währung im zweiten Quartal nominal etwas auf, wobei die Zentralbank nun auf der Käuferseite intervenierte; der gewogene reale Wechselkurs des Quetzal stieg vom Januar bis Juni 1996 um 2 %.

Gleich nach Übernahme der Amtsgeschäfte im Januar 1996 nahm die neue Regierung — unter der

Schirmherrschaft der Vereinten Nationen — die Friedensverhandlungen mit den aufständischen Gruppen wieder auf, und im Dezember 1996 wurden die Friedensabkommen unterzeichnet. Die Regierung hat sich verpflichtet, während der nächsten Jahre ein ehrgeiziges Friedensprogramm umzusetzen, um dauerhafte Fortschritte auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen. Das Programm beinhaltet: (1) die Stärkung der demokratischen Institutionen, des Rechtssystems und der öffentlichen Sicherheit; (2) höhere Ausgaben für grundlegende Infrastrukturprojekte, Wohnungsbauförderung für Einkommensschwache, die gesundheitliche Grundversorgung und das Erziehungswesen sowie die Bodenreform; (3) die Verringerung der Militärausgaben und höhere Staatseinnahmen zur Finanzierung der im Zusammenhang mit dem Friedensprozeß entstehenden Ausgaben im Rahmen eines soliden Haushalts.

Bei ihrer Erörterung begrüßten die Direktoren den bei den Friedensverhandlungen erzielten Fortschritt. Sie waren der Auffassung, daß dieser bedeutsame Erfolg eine günstige Gelegenheit biete, sich der labilen Haushaltslage und der außenwirtschaftlichen Störanfälligkeit der Volkswirtschaft anzunehmen und die sozialen Verhältnisse grundlegend zu verbessern.

Die Direktoren waren der Meinung, daß eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen notwendig sei. Sie vertraten die Ansicht, daß das Steueraufkommen im regionalen Vergleich gering sei und verhindere, daß die tiefstehenden sozialen Probleme des Landes angegangen würden, eine modernere Infrastruktur aufgebaut und der Bildung von Humankapital die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werde. Daher riefen die Direktoren die Behörden dazu auf, das Steueraufkommen zu erhöhen und die öffentlichen Finanzen zu stärken. Die zusätzlichen Staatseinnahmen würden benötigt, um den Zinsauftrieb zu mildern, die Inflation zu verringern und die Außenwirtschaftsposition zu verbessern. In Anbetracht der erheblichen Einkommensunterschiede waren die Direktoren der Ansicht, daß auf eine Staffelung der Steuersätze geachtet werden müsse. Sie wiesen darauf hin, daß es wichtig sei, die Staatsausgaben — insbesondere die Personalausgaben — zu begrenzen.

Die Direktoren begrüßten die zur Drosselung der rapide wachsenden Kreditvergabe an den privaten Sektor unternommenen Maßnahmen und unterstrichen die Bedeutung einer konservativen Kreditpolitik. Im Rahmen einer Geld- und Finanzpolitik, die darauf abziele, die Inflation zu verringern und die Reserveposition zu stärken, empfahlen sie, den Wechselkurs auch künftig auf die Marktkräfte reagieren zu lassen. Die Direktoren teilten die Ansicht der Behörden, daß größere Interventionen am Interbanken-Devisenmarkt vermieden werden sollten.

Tabelle 25

Guatemala: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums aussprache im Oktober 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1995 ²	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums aussprache	Ergebnis ³
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	3,9	4,0	4,9	3,8	3,1
Arbeitslosenquote	5,5	5,2	4,2
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	11,6	11,6	8,6	10,0	10,9
<i>Millionen US-Dollar⁴</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	1 462	1 687	2 156	2 246	2 213
Einfuhren, cif	-2 599	-2 781	-3 292	-3 424	-3 146
Leistungsbilanz	-746	-697	-589	-616	-418
Direktinvestitionen, netto	228	65	70	103	81
Portfolioinvestitionen, netto	155	359	-102	0,0	88
Kapitalbilanz ⁴	955	533	369	607	560
Bruttoreserven ⁵	3,5	3,2	2,3	2,2	2,9
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-6,6	-5,4	-4,0	-3,9	-2,7
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	19,8	18,6	15,9	14,7	15,0
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	14,3	13,0	9,2	9,3	9,9
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	1,5	7,5	-0,2	...	5,4
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-1,4	-1,1	-0,7
Bruttoersparnis	10,7	10,3	11,4	10,9	11,8
Bruttoinlandsinvestitionen	17,2	15,7	15,4	14,8	14,8
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	18,5	17,9	14,7	14,0	14,0
Zinssatz (Prozent; Periodenende)					
Kreditgewährung	25,7	20,2	22,2	...	22,4
Termineinlagen	18,0	12,5	14,2	...	13,3

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Geschätzt.

³Aktualisierte IWF-Schätzungen.

⁴Einschließlich statistischer Diskrepanz.

⁵In Monaten der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen.

Die Direktoren gingen auf die zögerliche Umsetzung der Strukturreformen ein. Sie forderten die Behörden mit Nachdruck dazu auf, mit der Privatisierung der Elektrizitätswirtschaft, des Telekommunikationssektors und der Eisenbahn sowie mit ihren Plänen zur Modernisierung des öffentlichen Sektors zügig voranzuschreiten und ein privates, kapitalgedecktes Rentenversicherungssystem aufzubauen. Sie ermutigten auch dazu, die Modernisierung des Finanzsystems voranzutreiben, wozu auch eine größere Unabhängigkeit

der Zentralbank und eine Verschärfung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gehörten. Die Direktoren begrüßten den bei der Regulierung der externen Zahlungsrückstände erzielten Fortschritt und drängten die Behörden, die pünktliche Bezahlung aller öffentlicher Auslandsschulden sicherzustellen. Sie unterstrichen, daß solide makroökonomische und strukturelle Reformen benötigt würden, um für Guatemalas Anpassungsanstrengungen die Unterstützung der Geldgeber sicherzustellen.

Indien

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Indien im November 1996. Die neue Regierung, die im Juni 1996 ihr Amt antrat, übernahm eine solide Wirtschaft, wenn es auch Anfang 1996/97 Anzeichen für einen Rückgang der Industrieproduktion gab. Das BIP stieg 1995/96, angetrieben von einer spürbaren Reaktion der Angebotsseite auf die Reformmaßnahmen, um 7 % (siehe Tabelle 26). Eine straffe Geldpolitik — in Verbindung mit einem Aufschub administrierter Preisanpassungen — drückte die Inflation auf der Großhandelsstufe 1995/96 auf 5 %, und auch der Anstieg der Verbraucherpreise tendierte nach unten. Mitte 1996 hatte sich die Inflation jedoch wieder beschleunigt, in der Hauptsache die Folge einer 20 %igen Erhöhung der Benzinpreise im Juli.

Das Haushaltsdefizit befand sich seit 1993/94 auf einem allmählich nach unten führenden Pfad, blieb aber hoch. Das Defizit der Zentralregierung ging 1995/96 auf 5,7 % des BIP zurück. Schätzungen zu-

folge blieb das gesamtstaatliche Defizit unverändert bei ungefähr 9 1/4 % des BIP. Der Haushalt für 1996/97 zielte darauf ab, das Defizit der Zentralregierung im wesentlichen über vermehrte Privatisierungserlöse und konjunkturbedingt höhere Steuereinnahmen weiter auf 5 % des BIP zu verringern.

Da das Haushaltsdefizit hoch blieb, hatte die Geldpolitik die hauptsächliche Stabilisierungslast getragen. Das Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge wurde 1995/96 auf 13,2 % verringert, und die Li-

quidität des Unternehmenssektors war außerdem durch die schwache Verfassung des Aktienmarktes und einen Rückgang der Kapitalimporte beeinträchtigt. Der Zinssatz für erste Adressen erreichte 16 % bis 18 %. Allerdings wurde der geldpolitische Kurs während der ersten Monate von 1996/97 merklich gelockert; dies spiegelte die Sorge der Behörden hinsichtlich der Auswirkungen einer Kreditklemme auf die Investitionen wider.

Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich 1995/96 hauptsächlich wegen des kräftigen Importwachstums auf 1,6 % des BIP aus. Gleichzeitig verschlechterte sich die Kapitalbilanz, da die Portfolioinvestitionen infolge der Ungewißheit im Vorfeld der Wahlen zurückgingen. Die Behörden reagierten auf mehrere Vorfälle starken Abwertungsdrucks mit Interventionen am Devisenmarkt und einer Straffung der Geldpolitik und ergriffen administrative Maßnahmen, um die Verwendung von Handelskrediten für spekulative Zwecke zu verhindern. Ab Februar 1996 war der Devisenmarkt stabiler.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren Indiens beeindruckende wirtschaftliche Erfolge — starkes Wachstum, Inflation unter Kontrolle und eine zufriedenstellende Außenwirtschaftsposition —, waren aber über die gerade zum Vorschein kommenden Verspannungen besorgt. Das hohe Haushaltsdefizit übe weiterhin Druck auf Zinserhöhungen aus; die unzureichende Infrastruktur fordere ihren Tribut, und die Inflation beginne sich wieder zu beschleunigen. Die Direktoren fanden zwar die Bereitschaft der neuen Regierung ermutigend, Anpassungsmaßnahmen und Reformen durchzuführen, ein anhaltender wirtschaftlicher Erfolg hinge aber von noch mutigerem Handeln ab.

Die Direktoren betonten, daß das zu hohe Haushaltsdefizit noch entschlossener angegangen werden müsse. Sie forderten dazu auf, mit dem nächsten Haushaltsplan eine ehrgeizige, frontlastige Anpassungs-offensive zu starten, die auf eine schnellere Rückführung des Defizits abzielen müsse, als dies die Behörden

gegenwärtig vorsähen. Ein Hinauszögern der Haushaltskonsolidierung, so warnten die Direktoren, würde die Volkswirtschaft gegenüber ungünstigen außenwirtschaftlichen Entwicklungen störanfälliger machen.

In Anbetracht der niedrigen Einnahmen/BIP-Relation waren die Direktoren der Meinung, daß man sich zur Verringerung des Defizits — auch auf der Ebene der Bundesstaaten — auf Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen konzentrieren müsse, und zwar durch eine Verbreiterung der Steuerbasis, die Abschaffung

Tabelle 26

Indien: Konjunkturindikatoren¹*(Bei der Direktoriumsaussprache im November 1996 vorliegende Daten)²*

	1993/94	1994/95	1995/96 ³	1996/97	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriumsaussprache	Ergebnis ⁴
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP (zu Faktorkosten)	4,3	6,3	7,0	6,8	6,8
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	9,9	9,7	8,9	9,5	9,5
<i>Milliarden US-Dollar²</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	22,7	26,9	32,5	34,9	34,3
Einfuhren, cif	25,1	31,7	41,1	43,1	45,3
Leistungsbilanz	-1,2	-2,6	-5,2	-6,2	-5,1
Direktinvestitionen, netto	0,6	1,3	2,0	2,3	2,4
Portfolioinvestitionen, netto	3,6	3,6	2,1	4,2	3,3
Kapitalbilanz	9,8	8,7	4,0	9,1	11,4
Bruttoreserven	15,7	20,8	17,0	20,0	22,3
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-0,5	-0,9	-1,6	-1,7	-1,5
Auslandsschulden (Prozent des BIP; Periodenende)	36,3	32,9	29,2	26,8	27,2
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	26,5	26,4	26,2	28,4	27,8
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent; Periodenende)	6,9	-5,1	-0,6	6,0	8,0
<i>Prozent des BIP²</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-8,8	-7,4	-7,6	-7,4	-7,4
Bruttoersparnis	21,4	24,4	24,6	26,2	25,5
Bruttoinlandsinvestitionen	21,6	25,2	26,2	27,5	27,5
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent; Periodenende)	18,4	22,3	13,2	16,1	15,6
Zinssatz (Prozent) ⁵	12,5	12,7	13,9	13,7	13,7

¹Angaben für jeweils im März endende Haushaltsjahre.²Soweit nicht anders vermerkt.³IWF-Schätzungen.⁴Aktualisierte IWF-Schätzungen.⁵Zehnjahres-Staatsanleihen.

von Steuerbefreiungen und die Erzielung kosten-deckender Preise. Erhebliche Möglichkeiten zu Ausgabenkürzungen bestünden auch in gezielteren Zuweisungen von Lebens- und Düngemittelsubventionen und einer raschen Reform des öffentlichen Dienstes zur Verringerung der Personalausgaben.

Die Direktoren unterstrichen, daß sich die Geldpolitik strikt auf die Inflation konzentrieren sollte, und warnten vor einer unangemessenen Lockerung der monetären Konditionen. In Anbetracht der jüngsten Inflationsbeschleunigung unterstrichen sie die Notwendigkeit, an dem für die breit abgegrenzte Geldmenge gesetzten Ziel festzuhalten. Die Direktoren rieten den Behörden auch nachdrücklich dazu, die ad-hoc-Finanzierung der Regierung durch die Notenbank Indiens zum Ende des Fiskaljahres einzustellen. Dies stelle einen wichtigen Schritt zur Schaffung eines Rahmens mit größerer Unabhängigkeit der Zentralbank dar.

Die Direktoren hoben das Erfordernis einer flexiblen Wechselkurspolitik in enger Abstimmung mit den anderen makroökonomischen Politikinstrumenten hervor. Sie betonten, daß es dem Wechselkurs möglich sein müsse, auf Marktsignale zu reagieren, und daß die Behörden bei der Durchführung der Interventionspolitik ein allzu mechanisches Vertrauen auf Indikatoren des realen Wechselkurses vermeiden sollten. Sie wiesen auch auf die beträchtlichen Effizienzgewinne, die mit freizügigeren Kapitalbewegungen verbunden seien. Eine Reihe von Direktoren glaubte, daß die Öffnung der indischen Wirtschaft für Auslandsinvestitionen wesentlich mehr gefördert werden könne, und verlangte, daß der Abschaffung der noch vorhandenen Beschränkungen für ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen Priorität eingeräumt werden sollte.

Die Direktoren begrüßten das Reformprogramm der neuen Regierung, betonten aber, daß die baldige Ausarbeitung eines umfassenden Rahmens für Strukturereformen und beherrschte Anfangsmaßnahmen eine wirksame und dynamische Reaktion des privaten Sektors fördern würden. Sie verlangten eine beschleunigte Handelsliberalisierung, wozu auch die frühzeitige stufenweise Abschaffung mengenmäßiger Beschränkungen für den Import von Konsumgütern gehöre. Dringend verlangten die Direktoren auch, zusätzliche Anstrengungen zur Stärkung der staatseigenen Banken zu unternehmen und für eine wirksame Aufsicht zu sorgen, eine ehrgeizigere Reform der staatseigenen Unternehmen — hierzu gehörten auch Privatisierungen und die Durchführung einer wirksamen Politik zum Ausscheiden von Marktteilnehmern — sowie Maßnahmen zur Errichtung eines Rahmens für die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Infrastruktur.

Nach der Direktoriumserörterung bekanntgewordene revidierte VGR-Zahlen weisen aus, daß die Zunahme des realen BIP im Zeitraum 1993/94 bis

1995/96 wesentlich kräftiger ausgefallen ist, als bisher geschätzt wurde: Das BIP-Wachstum wird für diese Jahre jetzt auf 6,0 % im Jahre 1993/94, auf 7,2 % im Jahre 1994/95 und 7,1 % im Jahre 1995/96 veranschlagt. Eine kräftige Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft hat 1996/97 — trotz einer schwächeren Wirtschaftstätigkeit in der Industrie — dazu beigetragen, das BIP-Wachstum bei etwa 7 % zu halten. Eine gute Ernte half auch dabei, Preisauftriebstendenzen bei Lebensmitteln abzumildern, und die Inflation auf der Großhandelsstufe ging bis Anfang April 1997 auf 6,5 % zurück. Die Exportentwicklung hat sich deutlich abgeschwächt, und auch das Wachstum der Importe ist drastisch zurückgegangen; das Leistungsbilanzdefizit verhartete 1996/97 bei ungefähr 1,5 % des BIP. Die gesamte Zahlungsbilanz wies, beeinflusst von hohem privaten Kapitalimporten, einen Überschuß in Höhe von $6 \frac{1}{4}$ Mrd \$ aus, und die Währungsreserven stiegen bis April 1997 auf einen Gegenwert von etwa sechs Importmonaten. Der Haushalt der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1997/98 sah drastische Kürzungen der Steuersätze vor; gleichzeitig zielte er darauf ab, das Defizit auf 4,5 % des BIP, nach 5 % des BIP im Jahre 1996/97, zu verringern. Ziel der Geldpolitik ist es, die Inflation im Jahre 1997/98 auf 6 % zu begrenzen. Es wurden Schritte unternommen, um die umständlichen Vorschriften über die Vergabe von Bankkrediten zu lockern und die Entwicklung der Märkte für Regierungsanleihen und Devisen zu fördern. Andere Reforminitiativen der letzten Zeit betrafen die weitere Liberalisierung der Bestimmungen für ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen sowie die Abschaffung quantitativer Restriktionen für eine Reihe von Konsumgüterimporten.

Indonesien

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Indonesien im Juli 1996. Während der letzten Jahre ist es Indonesien gelungen, die in den siebziger und achtziger Jahren durch marktwirtschaftliche Reformen herbeigeführte beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen. Gestützt von einem kräftigen Wachstum des Konsums und der Investitionen expandierte die Inlandsnachfrage 1995/96 im dritten Jahr stärker als das BIP. Die Zuwachsrate des realen BIP stieg auf 8 % (siehe Tabelle 27), obwohl eine Straffung der Fiskalpolitik zur Milderung des Nachfrage-drucks beitrug. Die Inflationsrate verharrte bei 9 %, was auf den Anstieg der Lebensmittelpreise zurückzuführen war, der aufgrund eines verknappten Reisangebots und hoher Importpreise 1995 durchschnittlich 14 % betragen hat.

Eine kräftige Kreditausweitung an den privaten Sektor trug 1995/96 zu dem erheblichen Anstieg der Inlandsnachfrage und auch zum Preisauftrieb sowie zur Belastung der Leistungsbilanz bei. Der Rupie/Dollar-

Wechselkurs wertete sich stetig weiter ab, worin sich die Inflationsunterschiede zu den Partnerländern widerspiegeln, während gleichzeitig die Bank von Indonesien durch eine Verbreiterung des Interventionsbandes die kurzfristige Flexibilität des Wechselkurses vergrößerte.

Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich von 1,8 % des BIP (1994/95) auf 3,4 % des BIP (1995/96) aus; maßgeblich hierfür war eine deutliche Verschlechterung der Handelsbilanz aufgrund kräftig gestiegener Importe. Hohe Kapitalzuflüsse finanzierten das Leistungsbilanzdefizit und sorgten für einen Anstieg der Währungsreserven. Obwohl das Verschuldungsniveau verglichen mit dem einiger anderer asiatischer Länder hoch blieb, ging die Auslandsverschuldung im Verhältnis zum BIP und zu den Exporten zurück.

Im Mai 1995 führte die Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Reform aller Zölle ein, das stufenweise bis zum Jahr 2003 umgesetzt werden soll. Die Zölle auf 6000 Produkte wurden gesenkt, was eine beträchtliche und sofortige Verringerung des durchschnittlichen Zollsatzes von 19,5 % auf 15 % zum Ergebnis hatte. Im Einklang mit der Meistbegünstigungsklausel des ASEAN-Freihandelsgebietes sind weitere Zollsenkungen im Zeitraum bis 2003 vorgesehen, die den durchschnittlichen Zolltarif auf 7 % verringern würden.

Die Direktoren lobten die Behörden für Indonesiens wirtschaftliche Leistungen der letzten Jahre, insbesondere für die erhebliche Eindämmung der Armut und die Verbesserung zahlreicher sozialer Indikatoren sowie für die verringerte Abhängigkeit vom Erdöl- und Gassektor und die Liberalisierung wichtiger Wirtschaftszweige. Sie wiesen darauf hin, daß ein anhaltend kräftiger Nachfragedruck und hohe Kapitalzuflüsse große wirtschafts-politische Herausforderungen darstellten. Die von den Behörden — in Anbetracht sich verändernder Umstände — beim Einsatz der unterschiedlichen wirtschafts-politischen Instrumente gezeigte Flexibilität sei ein wesentliches Element ihres Erfolges über die Jahre hinweg gewesen, und sie werde wichtig bleiben, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Tabelle 27

Indonesien: Konjunkturindikatoren¹*(Bei der Direktoriensaussprache im Juli 1996 vorliegende Daten)²*

	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriensaussprache	Ergebnis ³
				<i>Prozent</i>	
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	7,2	7,3	7,5	8,1	8,2
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	5,0	10,2	9,6	9,0	9,0
				<i>Milliarden US-Dollar²</i>	
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	35,3	36,5	42,1	47,8	47,8
Einfuhren, cif	30,3	32,3	37,9	46,1	46,1
Leistungsbilanz	-2,6	-3,0	-3,3	-6,9	-6,8
Direktinvestitionen	1,7	2,0	2,6	5,4	5,4
Portfolioinvestitionen	1,2	2,0	0,8	1,7	1,8
Kapitalbilanz	6,6	4,5	7,2	14,7	12,3
Bruttoreserven	12,0	12,7	13,3	16,0	16,0
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-1,8	-1,9	-1,8	-3,4	-3,3
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	58,9	55,9	56,8	54,8	52,9
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	32,2	33,4	33,7	34,8	33,2
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-2,4	1,6	-2,5	-0,6	-0,6
				<i>Prozent des BIP²</i>	
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-1,3	-0,5	0,2	1,0	1,0
Bruttoersparnis	30,2	31,4	32,4	34,8	...
Bruttoinvestitionen	32,4	33,2	34,3	37,8	...
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	22,2	20,8	22,1	28,0	28,0
Zinssatz für Dreimonats-Termineinlagen (Prozent)	15,7	11,5	15,9	17,3	17,3

¹Angaben für jeweils im März endende Haushaltsjahre.²Soweit nicht anders vermerkt.³Aktualisierte IWF-Schätzungen.

Die meisten Direktoren sahen in verstärkten Anstrengungen in der Haushaltspolitik den Schlüssel zur Nachfragedämpfung. Zwar erkannten sie an, daß der Grundsatz, den Staatshaushalt auszugleichen, dem Land gute Dienste erwiesen hatte, waren aber dennoch generell mit einer weiteren Straffung der Finanzpolitik und der Verwendung der Überschüsse zur vorzeitigen Rückzahlung von Auslandsschulden einverstanden. Die Direktoren legten Wert darauf, über eine straffere Steuerverwaltung sowie durch steuerliche Maßnahmen und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei bestehenden Steuern die nicht aus dem Ölsektor stammenden Einnahmen zu steigern. Gleichzeitig unterstützten viele Direktoren mittelfristig höhere Ausgaben

für Erziehung, im Gesundheitswesen und für die Infrastruktur.

Das Direktorium pflichtete nachdrücklich dem Ziel der Behörden bei, das Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge 1996 zu verringern. Die Direktoren stimmten mit den Behörden überein, daß es wichtig sei, den Kapitalverkehr von Beschränkungen freizuhalten, und begrüßten die bereits durchgeführten Maßnahmen zur Verbreiterung des Wechselkursbandes und zu größerer Flexibilität in der Wechselkurspolitik. Dieser Prozeß solle als ein wichtiges Element in der Strategie zur Abwehr kurzfristiger Kapitalzuflüsse und zur Erhöhung der geldpolitischen Effizienz fortgeführt werden. Von besonderer Bedeutung für die Verringerung der hartnäckigen Inflation sei die Festsetzung der administrierten Lohnerhöhungen auf der Basis zukünftiger Inflationsziele. Da die Auswirkungen der aufeinander abgestimmten Politikmaßnahmen zur Inflationsverringerung und da raschere Strukturreformen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen, sollte es zudem möglich sein, zu einem stärker von den Marktkräften bestimmten Wechselkurs überzugehen und damit der Erreichung des Inflationsziels größere Bedeutung beizumessen.

Nach Ansicht des Direktoriums sind für die Aufrechterhaltung eines raschen, nachhaltigen Wachstums weitere umfassende Reformen von entscheidender Bedeutung; dazu gehörten die Reform des Finanzsektors und die Entwicklung eines soliden Kapitalmarktes. Die Direktoren forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, die Schwachstellen im Bankensektor zu beseitigen und insbesondere entschlossene Anstrengungen zur Lösung des Problems insolventer Banken und zur Rettung notleidender Kredite zu unternehmen. Sie betrachteten diese Maßnahmen als wesentlich, um die Störanfälligkeit der Wirtschaft gegenüber Schocks und die Gefahr des "moral hazard" zu verringern. Weitere Deregulierungsschritte und die Öffnung der Volkswirtschaft gegenüber den Weltmärkten seien der Schlüssel zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Ferner begrüßten sie die jüngsten Zollsenkungen. Die Direktoren unterstützten die beschleunigte Liberalisierung des Binnen- und Außenhandels mit den wichtigsten Rohstoffen; dies führe einerseits zu größerer Chancengleichheit, und es fördere andererseits den Export von Produkten außerhalb des Ölsektors. Ganz allgemein verlangten sie mit Nachdruck größere Transparenz bei der Umsetzung der Wirtschaftspolitik, insbesondere einen Regulierungsrahmen und ein Steuersystem, die für alle Beteiligten die gleichen Bedingungen schafften.

Islamische Republik Iran

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit der Islamischen Republik Iran im August 1996. Nachdem sie im ersten Fünfjahresentwicklungsplan (der 1994/95 endete) die Devisenprobleme von

1992/93 angegangen waren, verlagerten die Behörden den Schwerpunkt des zweiten Fünfjahresentwicklungsplans (1995/96 - 1999/2000) — im Zuge einer zunehmenden Öffnung und Liberalisierung der Wirtschaft — auf die Forcierung des Wachstums und den Abbau der Inflation. Im Rahmen dieses Plans stieg das reale BIP-Wachstum von 1,6 % 1994/95 auf 3,1 % 1995/96 an (siehe Tabelle 28). Die durchschnittliche Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr schnellte in dieser Periode von 35 % auf 49 % hoch, aber die Zwölfmonatsrate ging von einem Spitzenwert von 59 % im Mai 1995 auf 26 % im Mai 1996 zurück. Trotz der zum Jahresanfang erfolgten Verdoppelung blieben die inländischen Energiepreise 1995/96 weit unterhalb des Weltmarktniveaus.

Das Staatsdefizit verringerte sich 1995/96 weiter auf 3,8 % des BIP, nachdem es zuvor von dem Höchststand von 7,2 % (1993/94) auf 4,5 % (1994/95) gesunken war. Wenngleich der Anteil der gesamten Staatseinnahmen am BIP gegenüber dem Vorjahr zurückging, so schränkten die Behörden doch auch die Haushaltsausgaben auf das Ausmaß der Einnahmentwicklung ein. Wie in den vorangegangenen zwei Jahren war das Defizit hauptsächlich auf außerhalb des Haushalts entstandene Devisenverluste zurückzuführen.

Die breit abgegrenzte Geldmenge wuchs 1995/96 um 37 %, verglichen mit 29 % im vorangegangenen Jahr. Sowohl der Anstieg der Nettoinlandsaktiva (teilweise verursacht durch Unterstützungsmaßnahmen der Banken bei der Bedienung der vor März 1994 durch staatseigene Unternehmen und den privaten Sektor eingegangenen Auslandsverbindlichkeiten) als auch die Zunahme der Nettoauslandsforderungen trieben das Wachstum an. Die Einlagenzinsen, die real betrachtet schon während der letzten Jahre negativ waren, strebten mit steigender Inflation noch weiter in die falsche Richtung. Die nachfolgende Abschwächung des Preisauftriebs verringerte diese Fehlentwicklung; die mit den negativen Realzinsen verbundene Umgehung des Bankensystems (disintermediation) trug jedoch zumindest anfänglich zum Wachstum alternativer Finanzbeziehungen bei — auch über die Teheraner Börse.

Auf außenwirtschaftlichem Gebiet setzten die Behörden in den Fiskaljahren 1994/95 und 1995/96 die Stärkung ihrer Reserveposition fort, indem sie die Höhe ihrer Zahlungsrückstände gegenüber dem Ausland von mehr als 11 Mrd \$ im März 1994 auf 315 Mio \$ im März 1996 verringerten. Diese Verbesserung wurde von einem drastischen Umschwung in der Leistungsbilanz angetrieben, der seinerseits durch den beinahe 50 %igen Rückgang der Importe aufgrund verschärfter Importkontrollen und der im Mai 1995 eingeführten Devisenverkehrsbeschränkungen während dieser Zeit erreicht wurde. Die Ausfuhren fielen 1995/96 insgesamt um 5,6 %, da die Exporte außer-

halb des Ölsektors als Folge der Einführung der Devisenkontrollen und eines für den Export unrealistischen Wechselkurses um 33 % zurückgingen. Der Saldo der Kapitalverkehrsbilanz war gegenüber 1994/95 praktisch unverändert, und die Zahlungsbilanz wies erstmals nach mehreren Jahren einen Überschuß auf. Die Devisenkontrollen führten zur Entwicklung eines Parallelmarktes, auf dem sich der Wechselkurs zwischen Mai 1995 und Juni 1996 nach und nach abwertete.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für den in den vergangenen zwei Jahren erzielten großen Fortschritt bei der Regelung der Auslandsverschuldung, wodurch die Reserveposition nunmehr weniger störanfällig sei, sowie beim Inflationsabbau — trotz eines ungünstigen außenwirtschaftlichen Umfeldes. Diese positiven Entwicklungen würden es den Behörden erlauben, ein umfassendes Reformprogramm auszuarbeiten und bald umzusetzen, das der Vereinheitlichung des Wechselkurses auf einem realistischen Niveau Priorität einräumen, die Devisenbeschränkungen abschaffen sowie die Importe liberalisieren solle; gleichzeitig seien die öffentlichen Finanzen erheblich zu stärken und eine vorsichtige Geldpolitik zu verfolgen.

Die Direktoren ermutigten die Behörden, über den Abbau des Defizits den Kurs der Finanzpolitik zu verschärfen; hierzu gehörten auch die Rückführung der außerhalb des Budgets entstehenden Devisenverluste und eine beträchtliche Verringerung der Abhängigkeit von den Öleinnahmen. Sie wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Haushaltsposition davon profitieren würde, wenn die inländische Steuerbasis durch die Einführung einer Mehrwertsteuer und eine Verbesserung der Steuerverwaltung verbreitert, die Differenz zwischen den inländischen und den Weltmarktpreisen für Energie verringert und die Staatsausgaben begrenzt würden. Die Direktoren unterstrichen, daß es zum Inflationsabbau einer umsichtigen Kredit- und Geldpolitik bedürfe, die stärker auf marktmäßigen Steuerungsinstrumenten aufbaue; dies schließe auch positive Realzinsen ein. Sie ermutigten die Behörden, über die Liberalisierung der Zuweisung und Kontrolle von Krediten sowie über eine Stärkung des gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens solide Geld- und Wertpapiermärkte zu fördern.

Tabelle 28

Iran, Islamische Republik: Konjunkturindikatoren¹*(Bei der Direktoriensaussprache im August 1996 vorliegende Daten)*

	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	5,9	4,9	1,6	3,1
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	24,4	22,9	35,2	49,4
	<i>Milliarden US-Dollar²</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob	19,9	18,1	19,4	18,3
Einfuhren, fob	23,3	19,3	12,6	12,8
Leistungsbilanz	-7,3	-4,5	5,1	3,5
Kapitalbilanz	3,7	-4,5	-2,9	-2,9
Bruttoreserven	2,9	2,9	3,9	6,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-5,6	-5,6	7,7	3,9
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	12,2	28,7	34,5	24,4
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	13,9	27,1
	<i>Prozent des BIP²</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-1,2	-7,2	-4,5	-3,8
Bruttoersparnis	29,8	23,6	32,0	33,2
Bruttoinvestitionen	35,4	29,2	24,2	29,3
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent des Bestandes)	24,7	34,8	29,4	37,0
Kurzfristiger Einlagensatz (Prozent)	7,5	8,0	8,0	8,0

¹Angaben für jeweils am 20. März endende Haushaltsjahre.²Soweit nicht anders vermerkt.

Die Direktoren wiesen darauf hin, daß das bestehende Wechselkursregime Investitionen und Wachstum der nicht zum Erdölbereich gehörenden Wirtschaftszweige massiv behindere. Sie ermutigten die Behörden dazu, im Rahmen des zweiten Fünfjahresentwicklungsplans eine verbindliche Zeitvorgabe zur baldigen Vereinheitlichung der Wechselkurse zu entwickeln, und riefen zur Lockerung der verbliebenen Devisenbeschränkungen und Handelskontrollen auf. Sie unterstrichen auch, daß es wichtig sei, die aufgrund der hohen indirekten Subventionierung des inländischen Energieverbrauchs seit langem vorhandenen Verzerrungen in der Wirtschaft zu beseitigen.

Republik Jemen

Im Juli 1996 erörterte das Direktorium die Artikel IV-Konsultation mit der Republik Jemen und schloß die erste Überprüfung der am 20. März 1996 genehmigten Bereitschaftskreditvereinbarung ab. Um die im Zeitraum von 1990 bis 1994 enttäuschende gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, hatten die Behörden im Jahre 1995 ein Programm zur geld- und finanzpolitischen Anpassung sowie zur strukturellen

Tabelle 29

Jemen, Republik: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriumsaussprache im Juli 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1996		Ergebnis ²
			1995	Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriumsaussprache	
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP (Nicht-Ölbereich)	3,7	-4,5	7,5	4,0	4,0
Veränderung der Kerninflation (Periodendurchschnitt)	...	71,3	48,0	20,0	11,1
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	1,2	1,8	1,9	2,1	2,2
Einfuhren	2,1	1,7	2,0	2,4	2,3
Leistungsbilanz (inländisch; ohne Transaktionen der Ölgesellschaft)	-0,5	0,2	-0,1	-0,5	-0,3
Gesamtbilanz	-0,4	-0,7	-0,5	-0,9	-0,3
Bruttoreserven (inländisch; in Importmonaten, ohne Transaktionen der Ölgesellschaft)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Leistungsbilanz (inländisch; Prozent des BIP, ohne Transaktionen der Ölgesellschaft)	-12,1	3,5	-1,8	-9,1	-5,0
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	209,1	200,6	188,1	171,8	167,0
Schuldendienst (Verpflichtungsbasis; Prozent der Leistungsbilanzeinnahmen, ohne Transaktionen der Ölgesellschaft)	59,3	40,7	36,7	30,8	30,2
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Kurs auf dem Parallelmarkt/freien Markt; Prozent)	...	-14,7	-6,2	...	21,6
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo der Zentralregierung (Einnahmen-/Ausgabenrechnung)	-16,5	-16,5	-5,9	-3,1	-2,5
Bruttoersparnis	-10,6	17,6	21,4	13,7	20,1
Bruttoinvestitionen	15,0	9,6	15,1	15,5	19,1
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	46	34	20	14	11
Effektiver Einlagensatz (Prozent)	3-5	3-5	20-22	25-27	20-22

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Vorläufige Daten und aktualisierte IWF-Schätzungen.

Reform begonnen und dieses 1996 unter der Bereitschaftskreditvereinbarung verschärft. Das Programm war umfassend angelegt und beinhaltete erhebliche Korrekturen im Haushaltsbereich, die Abschaffung staatlicher Kreditaufnahmen bei den inländischen Banken, eine unterstützend wirkende straffe Geldpolitik, die darauf abzielte, positive Realzinsen zu gewährleisten, sowie weitreichende Strukturreformen. Diese umfaßten eine Verbreiterung der Verbrauchssteuerbasis, die Harmonisierung der Verbrauchssteuersätze, die Einführung staatlicher Schuldeninstrumente, die Frei-

gabe der Zinsen, grundlegende Reformen der Geldpolitik, die Freigabe der Devisenmärkte, die Vereinheitlichung des Wechselkurssystems und die Einführung eines flexiblen Wechselkurses sowie eine alle Bereiche umfassende, einstufige Zollreform, die Abschaffung des Genehmigungsvorbehalts für Importe und die Beseitigung praktisch aller, aus ökonomischen Gründen erlassenen Importverbote.

Das reale, außerhalb des Ölsektors erwirtschaftete BIP erholte sich — nach dem durch den Bürgerkrieg 1994 verursachten Einbruch — im Jahre 1995 kräftig und stieg auf Nettobasis um 3 %; für 1996 wurde eine Beschleunigung des Wachstums auf 4 % erwartet (siehe Tabelle 29). Zudem ging die Kerninflation aufgrund der anhaltend straffen Geld- und Finanzpolitik und der Aufwertung des Wechselkurses am freien Markt kräftig zurück. Im Zeitraum von Februar bis Mai 1996 betrug die hochgerechnete Jahresrate etwa 20 %, verglichen mit 48 % im Jahre 1995 und 71 % im Jahre 1994.

Für das kassenmäßige Haushaltsdefizit wurde eine weitere Verringerung auf 3 % des BIP prognostiziert, nachdem es bereits im Jahre 1995 auf 6 % des BIP — von 17 % im Jahre 1994 — zurückgegangen war. Ausschlaggebend für diese Verbesserung waren die als Folge der Abwertung des amtlichen Devisenkurses gestiegenen Erlöse für Öl und die durch die Reform von Steuern und Zöllen sowie eine effizientere Verwaltung bewirkte kräftige Erhöhung der nicht aus dem Ölsektor stammenden Einnahmen.

Auf der Ausgabenseite war vorgesehen, daß die Personalausgaben, die Subventionen und die Verteidigungsausgaben — jeweils in Relation zum BIP — sinken würden, um höhere Ausgaben für öffentliche Investitionen und die Reform des öffentlichen Dienstes zu finanzieren.

Ohne die Möglichkeit staatlicher Kreditaufnahmen bei den Banken sollte sich das Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge von 20 % im Jahre 1995 auf 14 % abschwächen. Die nominalen Einlagenszinsen waren Anfang 1996 auf 25 % - 27 % angehoben worden, und bei einer Kerninflation von 20 % waren die

Realzinsen nunmehr positiv. Unter diesen Umständen begann sich die Zusammensetzung der breit abgegrenzten Geldmenge in Richtung Quasi-Geld zu verschieben, und die Schatzwechselauktionen des Staates waren weiterhin erfolgreich.

Die gestraffte Finanz- und Geldpolitik von 1995 und 1996 sowie die Zusammenführung der freien Devisenmärkte der Geschäftsbanken und der Geldwechsler trugen ab Ende Oktober 1995 zur Stabilisierung des floatenden Wechselkurses auf dem freien Devisenmarkt bei; dies war Ausdruck des zurückgekehrten Vertrauens in die Währung und die Wirtschaft.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für die Art und Weise, wie sie sich mit dem umfassenden Programm zur geld- und finanzpolitischen Anpassung, der Strukturreform und deren erfolgreicher Umsetzung stark identifizierten. Sie waren ermutigt von der Abschwächung der Kerninflation, von der Stabilisierung des Wechselkurses am freien Markt und vom Anstieg der Bruttowährungsreserven in die Nähe des zum Jahresende vorgeesehenen Ziels — trotz Ausfällen bei der Auslandsfinanzierung.

Die Direktoren lobten die deutliche Verschärfung der Finanzpolitik 1995 und 1996, die zu der erheblichen Rückführung des Haushaltsdefizits und zur Dämpfung des Geldmengenwachstums geführt habe. Sie forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, die Haushaltskonsolidierung über einen weiteren Subventionsabbau — durch die sofortige Erhöhung der administrierten Preise für Weizen, Mehl und Energie — fortzusetzen, und unterstützten die Einführung einer allgemeinen Verkaufssteuer. Die Direktoren sahen es als wesentlich an, ein gut strukturiertes soziales Sicherungsnetz aufzuspannen, um die Auswirkungen des Reformprogramms auf die ärmeren Bevölkerungsschichten abzumildern.

Die Direktoren begrüßten es, daß die Behörden sich verstärkt auf die Zinspolitik stützten, und empfahlen, die Zinsen nur zu senken, wenn ein deutlicher Inflationsrückgang zu verzeichnen sei. Da das Ziel eines hohen Wachstums von einer aktiveren Mitteltätigkeit des Bankensystems bei der Kreditversorgung des privaten Sektors abhinge, unterstrichen die Direktoren die Notwendigkeit von Gesetzänderungen, um die rechtliche Durchsetzbarkeit von Kreditverträgen zu gewährleisten.

Jordanien

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Jordanien und die zweite Überprüfung der am 9. Februar 1996 genehmigten Erweiterten Kreditvereinbarung im Februar 1997. Seit der Zahlungsbilanzkrise Ende der achtziger Jahre und der im Zusammenhang mit der Nahost-Krise 1990 und 1991 in der

Region entstandenen Probleme hat Jordanien auf dem Weg zur Erlangung gesamtwirtschaftlicher Stabilität und Wachstum beeindruckende Fortschritte erzielt. 1996 blieb die wirtschaftliche Entwicklung trotz eines schwierigen externen Umfeldes günstig. Das reale BIP wurde auf 5,2 % geschätzt, und die Inflation ging auf Zwölfmonatsbasis auf 2,5 % zurück (siehe Tabelle 30). Schätzungen zufolge hat sich das Leistungsbilanzdefizit (einschließlich Übertragungen) von 3,9 % im Jahre 1995 auf 3 % im Jahre 1996 verringert, weil das infolge eines drastischen Anstiegs der Importe von Lebensmitteln (aufgrund höherer Weltmarktpreise) und Fahrzeugteilen höher als erwartete Handelsbilanzdefizit von einem Zuwachs bei den Gast-arbeiterüberweisungen kompensiert wurde. Die Kapitalbilanz litt dagegen unter den Entwicklungen in der Region, und das Zahlungsbilanzdefizit vergrößerte sich.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1996 wurde von einer anhaltend stetigen und situationsgerechten Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen untermauert. Zur Haushaltskonsolidierung wurden wichtige Schritte unternommen, hauptsächlich über Ausgabenbeschränkungen. Die Subventionierung von Lebensmitteln und Tierfutter wurde reformiert, und die Investitionen sowie die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen (ohne Lohnzahlungen) wurden verringert. Der Haushaltsfehlbetrag (ohne Übertragungen) ist daher 1996 auf schätzungsweise 4,6 % des BIP gefallen, von 5,3 % im vorangegangenen Jahr.

Trotz der unsicheren Lage in der Region und der sich verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Westbank und im Gaza-Streifen wurden 1996 beim Aufbau von Devisenreserven erhebliche Fortschritte erzielt. Dies geschah im Rahmen einer Wechselkurspolitik, die eine enge Anbindung des jordanischen Dinar an den US-Dollar beibehielt. Verbunden damit waren umfangreiche Offenmarktoperationen und eine Vergrößerung der Zins-Spreads. Im Ergebnis hat dies zu einer straffen Geldpolitik mit einem geringen Wachstum des Geldangebots und der Nettoinlandsaktiva des Bankensystems geführt.

Um die jordanische Volkswirtschaft weiter zu öffnen, den Wettbewerb anzuregen und in- sowie ausländische private Investitionen zu fördern, wurden Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Finanzen und des sozialen Sicherungsnetzes, im Finanzsektor, im Handel und am Regulierungsrahmen durchgeführt. Zwar gab es nur geringe Fortschritte bei der Privatisierung, es wurden aber Institutionen für ihre Implementierung geschaffen.

Das Direktorium begrüßte die stetige Umsetzung der Anpassungs- und Reformmaßnahmen durch die Behörden, die trotz des schwierigen externen Umfeldes zu einer beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung geführt hätten. Die Direktoren unterstrichen,

Tabelle 30

Jordanien: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriumsversammlung im Februar 1997 vorliegende Daten)

	1993	1994	1995	1996 ¹
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	5,6	8,1	6,9	5,2
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	1,9	4,9	4,2	2,5
	<i>Milliarden US-Dollar²</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob	1,2	1,4	1,8	1,9
Einfuhren, cif	3,5	3,4	3,7	4,3
Leistungsbilanz	-0,6	-0,4	-0,3	-0,2
Kapitalbilanz	-0,1	-0,0	0,2	0,2
Bruttoreserven	0,6	0,4	0,4	0,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-11,7	-6,6	-3,9	-3,0
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	121	112	103	100
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	35,9	30,6	26,3	24,9
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	2,7	-3,8	-6,8	...
	<i>Prozent des BIP²</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors (ohne Zuschüsse)	-5,9	-6,1	-5,3	-4,6
Bruttoersparnis (einschließlich Zuschüsse)	25,7	27,9	29,4	32,0
Bruttoinvestitionen	34,3	33,1	31,8	33,4
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	6,9	8,0	6,6	2,0
Sechsmonats-Einlagenzertifikate der Zentralbank von Jordanien (Prozent)	4,1	7,9	9,0	9,5

¹IWF-Schätzungen.

²Soweit nicht anders vermerkt.

daß eine kontinuierliche solide Makropolitik und weitergehende Strukturreformen die wirtschaftlichen Fortschritte konsolidieren und Jordaniens Störanfälligkeit gegenüber außenwirtschaftlichen Entwicklungen zusätzlich verringern würden.

Im allgemeinen begrüßten die Direktoren das für 1997 vorgesehene Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Mit Blick auf die Zukunft betonte eine Reihe von Direktoren, daß es wichtig sei, mittelfristig weitere Schritte zur Reform der Staatseinnahmen zu unternehmen, um die Budgetanpassung gleichmäßiger zu gestalten. Die Direktoren waren der Meinung, daß verstärkte Anstrengungen der Regierung zur Bekämpfung der Armut, insbesondere mit Hilfe eines von der Weltbank unterstützten Programms zur Verbesserung der sozialen Produktivität, für die Nachhaltigkeit der Anpassungs- und Reformanstrengungen ebenfalls von großer Bedeutung seien.

Die Direktoren führten aus, daß Jordanien eine angemessen straffe Geldpolitik beibehalten habe; diese sei von Reformen des Finanzsektors begleitet gewesen. Auch habe die Wechselkurspolitik zur finanziellen Stabilität beigetragen. Die Geldpolitik solle weiterhin darauf abzielen, Devisenreserven aufzubauen. Die Direktoren waren der Meinung, daß die Behörden angesichts der ungewissen regionalen Umstände die geldpolitischen Entwicklungen auch künftig sorgfältig überwachen sollten und ihre Politik im Falle eines unerwarteten Rückgangs der Geldnachfrage anpassen müßten. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie, daß es wichtig sei, die Zinspolitik flexibel zu gestalten und auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu achten.

Die Direktoren stellten fest, daß die von den Behörden durchgeführten weitreichenden Strukturreformen am Regulierungsrahmen, im Finanzsektor und am Subventionssystem zur Transformation der jordanischen Wirtschaft führten. Sie hoben hervor, daß das Tempo der Privatisierung beschleunigt werden solle, um die Entwicklung des privaten Sektors zu fördern und dringend benötigte ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Die Direktoren verlangten auch Fortschritte bei

der Reform des staatlichen Rentensystems und des öffentlichen Dienstes.

Kambodscha

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Kambodscha im Februar 1997. Das Realwachstum beschleunigte sich 1995 auf 7,5 % (siehe Tabelle 31); es wurde angetrieben von einer Rekord-Reisernte und einer lebhaften Wirtschaftstätigkeit im Baugewerbe, im Tourismussektor und in der Textilindustrie. Für 1996 wurde ein Realwachstum von ungefähr 6 % vorhergesagt; in der geringfügigen Verlangsamung kamen die negativen Auswirkungen der jüngsten Überschwemmungen auf die Reisproduktion zum Ausdruck. Die Inflationsrate ging im Verlauf von 1995 und während der ersten neun Monate von 1996 auf einstellige Werte zurück (von über 100 % im Jahr 1993).

Die Finanzpolitik spielte weiterhin die zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. 1996 wurde die Haushaltsdisziplin gewahrt — trotz Einnahmeausfällen (aufgrund von Steuerbefreiungen und anhaltenden Schwierigkeiten, außerhalb des Haushalts anfallende Einnahmen in das Budget zu bringen) und die Planungen überschreitender operativer Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung. Die Ausgaben für den zivilen Bereich, insbesondere für Gesundheit und Erziehung, wurden allerdings — ohne Personalkosten gerechnet — auf Werte unterhalb der vorgesehenen Haushaltsansätze gedrückt. Das gesamtstaatliche Defizit wurde für 1996 auf etwa 7 % des BIP geschätzt und mußte vollständig durch öffentliche Entwicklungshilfeleistungen finanziert werden.

Die monetären Entwicklungen waren von einer deutlichen Verlagerung aus der im Umlauf befindlichen Auslandswährung in die einheimische Währung und in auf ausländische Währung lautende Depositionen gekennzeichnet. Diese Portfolioumschichtung führte zu einer Beschleunigung des Wachstums der in breiter Abgrenzung gemessenen Geldmenge (einschließlich Depositionen in Auslandswährung) auf 44 % im Jahr 1995. Da der Bargeldumlauf in Riel weniger stark zunahm, verlangsamte sich die monetäre Expansion in der zweiten Jahreshälfte von 1996, und es wurde erwartet, daß sie bis zum Jahresende 1996 auf 30 % zurückgeht.

1996 profitierte die Zahlungsbilanz von hohen Entwicklungshilfeszufüssen und gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen; es wurde davon ausgegangen, daß das Leistungsbilanzdefizit sich auf 14 % des BIP verringern und die Gesamtbilanz einen geringen Überschuß ausweisen werde. Die Währungsreserven erhöhten sich auf einen Gegenwert von etwas mehr als zwei Importmonaten, und der Wechselkurs blieb im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren in etwa stabil.

Wenngleich das Implementierungstempo geringer war als erwartet, wurden bei den wichtigsten Struktur reformen dennoch Fortschritte erzielt. Zu den durchgeführten Maßnahmen gehörten der Erlaß eines

Tabelle 31

Kambodscha: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriausssprache im Februar 1997 vorliegende Daten)

	1993	1994	1995 ¹	1996 ²
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	4,1	4,0	7,6	6,0
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	31,0	26,1	0,1	10,0
	<i>Millionen US-Dollar³</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob ⁴	102	234	269	305
Einfuhren, fob	-305	-509	-650	-700
Leistungsbilanz ⁵	-189	-329	-469	-430
Direktinvestitionen	0	80	151	171
Kapitalbilanz	75	136	206	195
Bruttoreserven	71	100	182	217
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-9,4	-13,7	-16,0	-13,9
Auslandsschulden (Prozent des BIP) ⁶	20	20	19	21
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	0,4	3,2	1,3	3,7
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (prozentuale Jahresveränderung; Periodenende)	-10,1	8,7	-0,2	-10,6 ⁷
	<i>Prozent des BIP³</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors (Einnahmen-/Ausgabenrechnung)	-5,6	-6,8	-7,7	-7,0
Bruttoersparnis	4,7	4,8	5,6	5,8
Bruttoinvestitionen	14,1	18,5	21,6	19,7
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Periodenende; Prozent) ⁸	40,0	29,4	44,3	33,0

¹IWF-Schätzungen.²IWF-Vorausschätzungen.³Soweit nicht anders vermerkt.⁴Ohne Wiederausfuhr.⁵Ohne offizielle Übertragungen.⁶Ohne Schulden gegenüber Ländern des ehemaligen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe in Höhe von schätzungsweise 840 Mio Rubel, für die keine Dollarbewertung verfügbar ist.⁷Oktober.⁸Einschließlich Fremdwährungseinlagen.

neuen institutionellen Rahmens für die wenigen Unternehmen, deren Verbleiben im öffentlichen Sektor vorgesehen ist, und für die Privatisierung der restlichen Staatsunternehmen, die Verabschiedung eines neuen Zentralbankgesetzes und ein gewisser Fortschritt bei der Reform der Streitkräfte. Bei der Entwicklung eines Prüfungssystems für ausländische Direktinvestitionen und der damit verbundenen Steuerbefreiungen wurden allerdings nur geringe Fortschritte erzielt, und die Reform des öffentlichen Dienstes wurde durch großangelegte Neueinstellungen aus Gründen der politischen Integration zurückgeworfen.

Im Rahmen ihrer Diskussion begrüßten die Direktoren Kambodschas soliden Fortschritt beim wirt-

schaftlichen Wiederaufbau während der letzten drei Jahre, wozu eine günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit stabilem Wachstum, geringer Inflation und einer beträchtlichen Verbesserung der Außenwirtschaftsposition zählten. Um allerdings anhaltende Fortschritte beim Übergang zur Marktwirtschaft zu erzielen, müsse den besonders gravierenden Schwachstellen der Wirtschaft Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Direktoren empfahlen beschleunigte Strukturreformen, insbesondere im Haushalts- und Finanzbereich, und die Umsetzung einer transparenten Politik des Ressourcenmanagements, insbesondere in der Forstwirtschaft.

Die Direktoren betonten die überragende Bedeutung einer nachhaltigen Haushaltsdisziplin für die Festigung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Die Staatseinnahmen beliefen sich gegenwärtig auf einen sehr geringen Prozentsatz des BIP und müßten entscheidend erhöht werden — durch eine verbesserte Steuerverwaltung, die Abschaffung von ad hoc gewährten Steuerbefreiungen, die Durchführung der geplanten Steuerreform zur Verbreiterung der inländischen Steuerbasis und durch eine entschlossene Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verbesserung der Transparenz im Haushaltsbereich sowie über eine Verstärkung der Finanzkontrollen über die Verwendung und die Übertragung staatlicher Vermögenswerte. Die Direktoren forderten die Behörden auch nachdrücklich dazu auf, die Reform des öffentlichen Dienstes umzusetzen und die Militärausgaben zu begrenzen, um eine Erhöhung der Ausgaben für Soziales und für die Entwicklung des Humankapitals zu ermöglichen.

Die Direktoren ermutigten die Behörden dazu, auch weiterhin von einer Finanzierung des Budgetdefizits durch das Bankensystem abzusehen; dies sei von entscheidender Bedeutung, um die Inflation in Kambodscha im hohen Maße auf Dollarbasis operierendem und im wesentlichen auf Bargeldtransaktionen basierendem Finanzsystem niedrig zu halten. Anhaltende finanzielle Stabilität sei der Schlüssel zur Umkehr der Währungssubstitution und zur Schaffung eines funktionierenden Systems der finanziellen Intermediation in der eigenen Währung. Die Direktoren unterstrichen, daß es für die Nationalbank dringend notwendig sei, die Leistungsfähigkeit ihrer Bankenaufsicht durch Inspektion der Geschäftsbanken vor Ort zu verstärken. Was die Wechselkurspolitik anbelange, so habe sich das marktorientierte System für Kambodscha als nützlich erwiesen.

Die Direktoren waren der Meinung, daß die Reform der staatlichen Institutionen und eine verbesserte Integrität beim Management der staatlichen Ressourcen die dringendsten der unmittelbar anstehenden strukturellen Aufgaben seien. Sie forderten die Behörden dazu auf, transparente und effiziente Verfahren bei der

Verwaltung der forstwirtschaftlichen Ressourcen einzuführen. Dies sei ein Gebiet, auf dem die Behörden beweisen müßten, daß sie ihre politischen Zusagen einhalten und die Glaubwürdigkeit ihres wirtschaftlichen Reformprogramms wiederherstellen könnten. Dies sei von größter Bedeutung, um das Vertrauen des Privatsektors und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft aufrechtzuerhalten.

Die Direktoren merkten an, daß Kambodschas Zahlungsbilanzperspektiven auch künftig von beträchtlichen Finanzhilfen des Auslands aus öffentlichen und privaten Quellen abhingen; diese seien entscheidend, um die sehr hohen Infrastrukturbedürfnisse Kambodschas zu befriedigen und seine Produktionsbasis wiederaufzubauen.

Kamerun

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Kamerun im Oktober 1996. Zu jener Zeit erholte sich das Land von einem längeren Konjunkturausschwung, der im Anschluß an die im Januar 1994 erfolgte Abwertung des CFA-Franc gestoppt worden war. 1995/96 wuchs das reale BIP um 5 %, wofür hauptsächlich die kräftige Expansion in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe verantwortlich waren. Die Produktion von Kaffee, Kakao und Baumwolle stieg trotz eines Rückgangs der Weltmarktpreise. Das außerhalb des Ölsektors erwirtschaftete reale BIP ist aufgrund einer lebhaften Exporttätigkeit und einer Erholung der Inlandsnachfrage schätzungsweise um rund 6 % gestiegen. Auch die öffentlichen Finanzen verbesserten sich erheblich. Zwischen 1993/94 und 1995/96 stiegen die gesamten Staatseinnahmen im Verhältnis zum BIP um 4 Prozentpunkte, die Gesamtausgaben wurden um 2 Prozentpunkte gekürzt, und die Primärbilanz schlug von einem Defizit von 1,5 % des BIP in einen Überschuß von mehr als 5 % des BIP um. Der Anstieg der Verbraucherpreise ermäßigte sich in dem im Juni 1996 endenden Jahr auf 4,5 %, von 13,5 % im Jahr davor (siehe Tabelle 32).

Nach der Abwertung des CFA-Franc verbesserte sich Anfang 1994 die internationale Wettbewerbsfähigkeit, was zu einer kräftigen Erholung im Sektor der handelbaren Güter führte. Im Zuge des Aufschwungs legten die Importe von Vorprodukten und Investitionsgütern 1995/96 wieder spürbar zu, und es kam zu einer geringfügigen Verringerung des Handelsbilanzüberschusses. Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich von 2 % im Jahr 1994/95 auf 2,5 % des BIP aus, während das Defizit in der Kapitalbilanz infolge geringerer öffentlicher Schuldentilgungen und des Wiederanstiegs privater Kapitalimporte zurückging. Das Defizit in der Zahlungsbilanz sank 1995/96 um 7 % des BIP.

Trotz relativ günstiger wirtschaftlicher Bedingungen und einem guten Start geriet das wirtschaftliche Anpas-

sungsprogramm der Regierung für 1995/96, das von einer 1995 genehmigten Bereitschaftskreditvereinbarung des Fonds unterstützt wurde, gegen Ende des Jahres aus der Fahrbahn. Die Haushaltsslage verbesserte sich 1995/96 zwar, als das Gesamtdefizit zurückging und der Primärüberschuß stieg, allerdings nicht in dem im Programm vorgesehenen Umfang. Zudem waren die Steuereinnahmen geringer und die Ausgaben höher als erwartet. 1995/96 wurde eine Reihe struktureller Reformen verspätet oder unvollständig umgesetzt, darunter die Reform des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung, die Veräußerung staatlicher Unternehmen, die Restrukturierung des Bankensektors und die Verbriefung inländischer Zahlungsrückstände. Obwohl die Behörden die Zahlungsrückstände gegenüber öffentlichen Gläubigern im Ausland um 309 Mrd CFA-Franc verringerten, wurden die Zahlungsrückstände gegenüber diesen Gläubigern nicht vollständig abgebaut, weil es zu einem Fehlbetrag in der Primärbilanz, einem unerwarteten Aufbau von Einlagen des Staates beim Bankensystem und Ausfällen bei der externen Unterstützung des Programms gekommen war.

Zu den monetären Entwicklungen 1995/96 gehörten eine offenkundige Abschwächung der Geldnachfrage, eine geringfügige Verschlechterung der Nettoauslandsposition des Bankensystems und ein Anstieg der Kreditgewährung an den privaten Sektor. Die statistisch erfaßte Geldmenge in breiter Abgrenzung ging um 5 % zurück, was einen Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes implizierte und auf Probleme im inländischen Bankensystem zurückzuführen war.

Bei ihrer Sitzung nahmen die Direktoren die Kräftigung der wirtschaftlichen Erholung Kameruns im Jahre 1995/96, die von einem deutlichen Rückgang der Inflation und einer verbesserten Zahlungsbilanz begleitet wurde, zur Kenntnis. Sie bedauerten allerdings, daß die bei der Umsetzung der Finanzpolitik aufgetretenen Abweichungen und die Verzögerungen bei wesentlichen Struktur reformen zu einem weiteren Aufbau von Zahlungsrückständen geführt hätten, was die Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsprogramms gefährde. Die Direktoren forderten die Behörden

Tabelle 32

Kamerun: Konjunkturindikatoren¹*(Bei der Direktori umsaussprache im Oktober 1996 vorliegende Daten)*

	1992/93	1993/94 ²	1994/95 ²	1995/96 ³
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des realen BIP	-3,2	-2,5	3,3	5,0
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	-4,1	33,8	13,4	4,4
	<i>Millionen US-Dollar⁴</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren	1 651,7	1 433,3	1 662,2	1 755,2
Einfuhren	1 020,7	1 016,7	1 074,6	1 192,0
Leistungsbilanz	-620,1	-337,0	-170,0	-226,7
Direktinvestitionen	134,0	102,2	88,6	91,9
Kapitalbilanz	-286,1	-266,4	-661,7	-167,2
Bruttoreserven	45,1	13,5	12,7	13,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-5,2	-4,3	-2,1	-2,5
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	70,8	122,7	116,2	104,3
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	42,5	55,0	60,9	54,5
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-2,6	-24,7	-13,6	6,6
	<i>Prozent des BIP⁴</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-6,8	-9,2	-4,9	-2,8
Bruttoersparnis	11,3	11,0	12,4	13,5
Bruttoinvestitionen	16,6	15,3	14,5	16,0
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	-10,3	17,7	6,1	-5,1
Zinssatz (Prozent)	11,5	12,5	8,8	8,0

¹Daten gelten für Haushaltsjahre (1. Juli–30. Juni).²Geschätzt.³Aktualisierte IWF-Schätzungen.⁴Soweit nicht anders vermerkt.

nachdrücklich dazu auf, die Durchführung der haushalts- und strukturpolitischen Maßnahmen rasch zu verbessern, um die Ausarbeitung eines Programms zu fördern, das durch eine Vereinbarung unter der ESAF gestützt werden könne. Sofortige Maßnahmen würden auch zur Absicherung der aus der CFA-Franc-Abwertung entstandenen Vorteile beitragen und Kamerun die volle Ausschöpfung seines Wachstumspotentials ermöglichen.

Zwar erkannten die Direktoren an, daß Kamerun bei der Verbesserung seiner öffentlichen Finanzen Fortschritte erzielt habe, sie äußerten sich aber besorgt zu den Einnahmeausfällen und den Ausgabenüberschreitungen und ermahnten die Behörden, die Haushaltssituation des Landes zu verbessern und die im Budget der Regierung für 1996/97 vorgesehenen Maßnahmen sofort umzusetzen. Insbesondere forderten sie die Behörden mit Nachdruck dazu auf, die Effizienz der Steuerverwaltung zu erhöhen, Steuerbe-

trug einzudämmen, steuerliche Schlupflöcher zu schließen, die Ausgabenkontrolle zu verbessern und die Ausgaben streng zu überwachen sowie Prioritäten zu setzen. Die Direktoren merkten auch an, daß Kamerun mit der Liberalisierung des Handelsregimes und der Arbeitsmärkte vorangekommen sei. Sie äußerten sich jedoch besorgt zu den anhaltenden Verzögerungen bei der Umsetzung anderer Struktur-reformen, insbesondere im Finanzsystem und bei öffentlichen Unternehmen.

Angesichts der Schuldenlast Kameruns waren die Direktoren enttäuscht über den weiteren Anstieg der Zahlungsrückstände gegenüber dem Ausland in jüngerer Zeit; sie forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, diese im Einklang mit den Regelungen des letzten Abkommens mit dem Pariser Club zurückzuführen. Sie unterstrichen, daß eine Normalisierung der Beziehungen zu den ausländischen Gläubigern für die Mobilisierung neuer ausländischer Finanzhilfen zur Unterstützung der Anpassungsanstrengungen des Landes sehr wesentlich sei. Die Direktoren wiesen abschließend darauf hin, wie wichtig es sei, alle finanz- und strukturpolitischen Programmziele für die zweite Jahreshälfte 1996 zu erreichen; dies werde es Kamerun ermöglichen, das Vertrauen seiner Geldgeber zurückzugewinnen und für die Erörterung einer ESAF-Ver- einbarung eine ordnungsgemäße Politikdurchführung glaubwürdig nachzuweisen.

Kuwait

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Kuwait im August 1996. Die wirtschaftliche Entwicklung war in den vorangegangenen drei Jahren im allgemeinen gut gewesen: Das Wachstum des nominalen BIP hatte durchschnittlich 11 % betragen, und das nach der irakischen Besetzung durchgeführte Pro- gramm zum Wiederaufbau und zur Sanierung der Wirtschaft war erfolgreich abgeschlossen worden. 1995 trugen das wiedergewonnene Vertrauen der Privatwirt- schaft und — zum Ende des Jahres — hohe Ölpreise zu einem kräftigen Wachstum des nominalen BIP von 8 % bei (siehe Tabelle 33). Die Inflationsrate blieb niedrig.

Aufgrund höherer Öl-Einnahmen und Ausgaben- kürzungen verbesserte sich die Haushaltslage 1994/95, als die Defizitquote auf 11,7 % des BIP zurückging, von 17,7 % im Jahr davor. Allerdings blieb die Budget- struktur schlecht. Kuwaits Abhängigkeit von Ölein- nahmen hatte sich während der letzten Jahre ver- größert, da die Zinseinkommen aus Anlagen im Ausland infolge des Abschmelzens der Auslandsgutha- ben einen geringeren Beitrag zu den Staatseinnahmen leisteten. Außerdem waren die laufenden Ausgaben für Löhne, Gehälter, Subventionen, Binnentransfers und Verteidigung nach der Befreiung des Landes gestiegen.

Das aufgrund der irakischen Invasion gestörte Ver- trauen der Privatwirtschaft in den Finanzsektor wurde durch die ermutigenden Rückzahlungen wiederher- gestellt, die unter dem Schuldenkonsolidierungspro- gramm geleistet wurden. (Das Programm erstreckte sich auf die im Zusammenhang mit dem Zusammen- bruch des informellen Aktienmarktes 1982 und der Invasion von 1990 notleidend gewordenen Kredite.)

Die Verbesserung im Haushaltsbereich schlug sich 1995 auch in der Zahlungsbilanz nieder; der Lei- stungsbilanzüberschuß stieg von 9,6 % des BIP im Jahre 1994 auf 13,9 %. Die Zahlungsbilanz profitierte überdies davon, daß das im Zusammenhang mit dem militärischen Alarmzustand von 1994 abgeflossene Kapital wieder zurückkehrte. Die Verschuldung des Staates gegenüber dem Ausland ging von 25,5 % des BIP Ende 1994 auf 12 % Ende März 1996 zurück, da das von einem internationalen Bankenkonsortium nach der Befreiung gewährte Bankdarlehen wie vorgesehen zurückgezahlt worden war.

Das Direktorium lobte die Behörden für die erfolg- reiche Umsetzung des Programms zum Wiederaufbau und zur Sanierung der Wirtschaft sowie für die Auf- rechterhaltung des Wirtschaftswachstums bei niedriger Inflation. Diese Entwicklung versetze Kuwait in die gute Lage, die verbliebenen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen entschlossen anzuge- hen; hierzu zählten die Wiederherstellung einer soliden Haushaltsposition, die weitere Stärkung der Integrität des Finanzsystems, die Reform des Arbeitsmarktes und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Direktoren begrüßten die Aufnahme dieser wirtschaftspolitischen Prioritäten in den Fünfjahresentwicklungsplan, der durch das dem Parlament vorliegende Privatisierungs- gesetz weiteren Rückhalt erfahre.

Die Direktoren führten aus, daß eine Neubewer- tung der Rolle des Staates und die Beseitigung des Haushaltsdefizits Voraussetzungen für die Wiederher- stellung von Kuwaits Tradition seien, Vermögenswerte für künftige Generationen anzusammeln. Um den Haushaltsfehlbetrag wie vorgesehen bis zum Jahre 1999/2000 zu beseitigen, seien sofort konzentrierte Anstrengungen erforderlich; diese sollten bereits im Fiskaljahr 1996/97 mit einer kräftigen Verringerung des Defizits beginnen. Zu diesem Zweck empfahlen die Direktoren die Kürzung von Subventionen und Über- tragungen, die Erhöhung der Zölle und die Begren- zung der Personalausgaben über verringerte Neu- einstellungen im öffentlichen Sektor. Die Behörden mußten auch mit größerer Entschlossenheit die Aus- gaben nach Einsparmöglichkeiten durchforsten, die inländische Steuerbemessungsgrundlage verbreitern und die Steuerverwaltung stärken.

Die Direktoren nahmen das wiedergewonnene Ver- trauen des Privatsektors in das Finanzsystem zur Kenntnis. Dies komme zum Ausdruck in Kapitalrück-

fließen aus dem Ausland, in der Zunahme der Einlagen in in- und ausländischer Währung, in der Verringerung der Zinsunterschiede zwischen dem kuwaitischen Dinar und dem US-Dollar und im Kurs- und Umsatzanstieg am Aktienmarkt. Sie riefen dazu auf, zusammen mit einer Stärkung des Regulierungsrahmens und des Aufsichtssystems das Schuldenkonsolidierungsprogramm strikt umzusetzen, um das Vertrauen weiter zu fördern.

Die Direktoren betonten, daß Strukturreformen die Auswirkungen staatlicher Ausgabenkürzungen auf den Bereich außerhalb des Ölsektors klein halten könnten. Sie begrüßten daher die Intensivierung des Privatisierungs- und Deregulierungsprogramms. Die Direktoren unterstrichen auch, daß über den Abbau von Marktverzerrungen die Flexibilität und Funktionsweise des Arbeitsmarktes verbessert werden müßten, um die Entwicklung des Privatsektors zu fördern; hierzu gehöre auch die Beseitigung von Gehaltsvorteilen und sonstigen Vergünstigungen, die dazu führten, daß der Staatsdienst einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft vorgezogen werde.

Die Direktoren lobten die Behörden dafür, daß diese ein liberales Handels- und Zahlungssystem, Kapitalbilanzkonvertibilität und ein großzügiges Entwicklungshilfeprogramm beibehalten hätten. Sie ermutigten die Behörden auch dazu, einer Verbesserung des statistischen Berichtswesens und des Informationsflusses zwischen den Regierungsstellen höhere Priorität einzuräumen.

Malaysia

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Malaysia im August 1996. Angetrieben von expandierenden Investitionen und Exporten sowie einem Anstieg des privaten Verbrauchs hatte sich die Wirtschaft 1995 mit einem Wachstum des realen BIP in Höhe von 9,5 % für das Gesamtjahr wiederum günstig entwickelt (siehe Tabelle 34). Die Gefahr einer Überhitzung hatte zugenommen, als sich der Nachfragedruck in der zweiten Jahreshälfte 1995 noch verstärkte. Die Nachfrageexpansion erreichte 14,5 % im

Gesamtjahr, die Kapazitätsauslastung erhöhte sich, der Nachfrageüberhang vergrößerte sich, und die Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt verschärfen sich weiter. Während die Inflationsrate auf der Verbraucherstufe geringfügig auf 3,5 % zurückging — wofür niedrigere Importpreise auf Ringgit-Basis, eine Straffung der Geldpolitik, Maßnahmen zur Beseitigung von Angebotsengpässen und zur Verbesserung des Distributionssystems sowie administrative Schritte verantwortlich waren —, schlug sich der Nachfragedruck im wesentlichen im Leistungsbilanzdefizit nieder, das sich 1995 um 2,5 Prozentpunkte auf 8 1/4 % des BIP erhöhte.

Durch ein Maßnahmenbündel aus Beschränkungen der Kreditvergabe für den Erwerb von Automobilen und Grundstücken einerseits sowie einer Erhöhung der Mindestreserve und der Interbankenzinsen andererseits wurde die Geldpolitik zwischen Oktober 1995 und Mai 1996 gestrafft. Der Überschuß des öffentlichen

Tabelle 33

Kuwait: Konjunkturindikatoren¹

(Bei der Direktoriumsversammlung im August 1996 vorliegende Daten)

	1993	1994	1995	1996 ²
	<i>Prozent</i>			
Binnenwirtschaft				
Veränderung des nominalen BIP	23,6	1,6	8,0	1,9
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	0,4	2,3	1,0	...
	<i>Milliarden US-Dollar³</i>			
Außenwirtschaft				
Ausfuhren, fob	10,2	11,1	12,6	12,9
Einfuhren, fob	7,0	6,7	7,7	9,1
Leistungsbilanz	1,9	2,4	3,7	3,0
Direkt- und Portfolioinvestitionen	-0,7	-1,0	-0,3	-0,4
Kapitalbilanz	-0,9	-1,5	-4,5	-3,8
Bruttoreserven ⁴	3,6	3,7	3,6	3,6
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	8,1	9,6	13,9	11,1
Auslandsschulden (Prozent des BIP) ⁵	24,5	25,5	15,0	3,3
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-2,1	-3,6	-0,2	...
	<i>Prozent des BIP³</i>			
Finanzielle Größen				
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors	-22,4	-17,7	-11,7	-6,9
Bruttoersparnis (Prozent des BSP)	31,0	35,3	29,0	...
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	5,6	5,4	9,4	4,5
Zinssatz für Dreimonats-Interbankgelder (Prozent)	7,43	6,27	7,07	6,84

¹ Haushaltsdaten gelten für ein jeweils im Juni ablaufendes Jahr; die übrigen Daten gelten für jeweils ein Kalenderjahr.

² IWF-Schätzungen.

³ Soweit nicht anders vermerkt.

⁴ Lediglich Reserven der Zentralbank von Kuwait.

⁵ Lediglich staatliche Auslandsverschuldung.

Tabelle 34

Malaysia: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriaussprache im August 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1996		Ergebnis ²
			1995	Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriaussprache	
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	8,3	9,2	9,5	8,8	8,2
Arbeitslosenquote	3,0	2,9	2,8	2,8	2,6
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende) ²	3,5	3,7	3,4	4,0	3,5
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob ²	46,0	56,6	71,3	81,0	76,6
Einfuhren, fob ²	42,8	54,9	71,0	81,0	73,1
Leistungsbilanz ²	-2,9	-4,2	-7,0	-7,8	-5,2
Langfristige private Kapitalströme, netto ²	3,2	3,6	2,5	2,7	4,5
Kapitalbilanz ²	10,8	1,5	6,4	11,2	9,2
Bruttoreserven (Jahresende)	28,3	26,7	25,1	28,4	27,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-4,6	-5,9	-8,3	-8,2	-5,2
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	42,8	37,5	37,5	41,5	38,1
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	7,3	5,8	7,1	7,4	5,7
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Jahresdurchschnitt; Prozent)	-0,4	-3,2	0,4	...	4,2
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Konsolidierter Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors ²	-4,7	1,3	0,6	-1,0	1,2
Bruttoersparnis ²	30,5	32,7	32,4	32,0	36,0
Bruttoinvestitionen ²	35,1	38,7	40,7	40,1	41,2
Veränderung der Gesamtliquidität (M3; Jahresende; Prozent)	23,8	15,8	18,2	22,0	23,7
Zinssatz für Dreimonats-Interbankgelder (Jahresdurchschnitt; Prozent)	7,2	5,1	6,1	7,2 ³	7,2

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Nach der Direktoriaussprache bereitgestellte offizielle Daten. Für 1993-95 lauten die offiziellen Angaben wie folgt: Veränderung der Verbraucherpreise—3,6 (1993); Ausfuhren—71,6 (1995); Einfuhren—71,5 (1995); Leistungsbilanz—-3,1 (1993), -4,6 (1994), -7,5 (1995); langfristige private Kapitalströme, netto—5,0 (1993), 4,3 (1994), 4,1 (1995); Kapitalbilanz—1,3 (1994), 7,4 (1995); konsolidierter Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors—-2,2 (1993), 3,5 (1994), 2,9 (1995); Bruttoersparnis—33,0 (1993), 34,0 (1994), 34,7 (1995); Bruttoinvestitionen—37,8 (1993), 40,4 (1994), 43,2 (1995).

³Erstes Quartal.

Unter dem Sechsten Plan (1991-95) wurden mit Ausnahme der vorgesehenen Erhöhung der privaten Sparquote und — damit zusammenhängend — einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits die meisten makroökonomischen Ziele erreicht oder übertroffen. Da das Leistungsbilanzdefizit im wesentlichen durch ausländische Direktinvestitionen finanziert wurde und wegen des anhaltend kräftigen Wachstums des BIP und der Exporte gingen die Schulden- und Schuldendienstindikatoren während dieses Zeitraums leicht zurück und blieben im internationalen Vergleich niedrig. Die Armutsquote wurde von 17 % im Jahre 1990 auf 9,5 % im Jahre 1995 verringert. Auf dem Gebiet der Strukturreformen wurde die Grundschulausbildung stufenweise von 9 auf 11 Jahre ausgeweitet und andere strukturelle Maßnahmen, wie die Reform des Arbeitsmarktes, der Steuern, des Handels und des Finanzsektors, in Kraft gesetzt.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für Malaysias weiterhin beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung, die durch ein solides, exportorientiertes Wachstum, niedrige Inflation und einen bemerkenswerten sozialen Fortschritt bei der Verringerung der Armut und der Verbesserung der Einkommensverteilung gekennzeichnet sei. Eine anhaltend besonnene Wirtschaftspolitik und weitreichende Strukturreformen untermauerten diese Erfolge. Die Behörden stünden vor der Herausforderung, das rasche Wachstum in den Griff zu bekommen, um die für ein nachhaltiges Wachstum ausschlaggebende gesamtwirtschaftliche Stabilität zu bewahren.

Die Direktoren werteten die angespannte Lage auf den Faktormärkten und die Vergrößerung des Leistungsbilanzdefizits als Zeichen eines anhaltend hohen Nachfragedrucks. Obwohl die nationale Sparquote im internationalen Vergleich hoch und das Leistungsbilanzdefizit im wesentlichen auf steigende Investitionen zurückzuführen sei, vertraten die Direktoren die Auffassung, daß das Ausmaß des Defizits und das zunehmende Vertrauen auf Kapitalimporte, die zu höherer Verschul-

Gesamthaushalts ging im Jahre 1995 um 2 3/4 Prozentpunkte auf 1 % des BIP zurück. Die langfristigen Kapitalzuflüsse erhöhten sich zwar, die Währungsreserven verringerten sich jedoch um 1,5 Mrd \$ auf 25 Mrd \$. Der Wechselkurs blieb 1995 — sowohl in nominaler wie auch in realer Rechnung — in etwa stabil; allerdings wertete er sich während der ersten fünf Monate von 1996 um 3,5 % auf.

derung führten, mit Risiken verbunden seien. Das Direktorium forderte die Behörden daher mit Nachdruck dazu auf, frühzeitig Maßnahmen zur Dämpfung der Überhitzung zu ergreifen und das Defizit auf einen deutlich nach unten gerichteten Pfad zu bringen. Da die geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten aufgrund der hohen Kapitalimporte beschränkt seien, komme der Finanzpolitik im Rahmen des erforderlichen Policy Mix eine Schlüsselrolle zu. Die Direktoren empfahlen den Behörden dringend, die für 1996 prognostizierte Verschlechterung der öffentlichen Haushalte zu begrenzen und 1997 wieder einen Haushaltsüberschuß auszuweisen. Sie begrüßten die Absicht der Behörden, Vorschläge für Ausgabeneinsparungen und einnahmeerhöhende Maßnahmen zu prüfen, wozu die Zurückstellung von weniger wichtigen staatlichen Investitionsvorhaben, weitere Kürzungen bei den Investitionsanreizen und die baldige Einführung einer Mehrwertsteuer gehörten.

In Anbetracht des anhaltend kräftigen Wachstums der Geldmenge und des Kreditvolumens sprachen sich mehrere Direktoren für eine weitere Straffung der Geldpolitik aus. Die Direktoren wiesen auch darauf hin, daß die Bereitschaft der Behörden zu größerer Wechselkursflexibilität die Wirksamkeit der Geldpolitik steigern würde. Die Schwierigkeit, das Leistungsbilanzdefizit über eine höhere private Ersparnis — insbesondere auf kurze Frist — wesentlich zu verringern, unterstreiche jedoch die Notwendigkeit, sich stärker auf die Finanzpolitik zu stützen, um die öffentliche Ersparnis zu erhöhen.

Die Direktoren stellten fest, daß Malaysias hohes Investitionsniveau und der rasche Anstieg der Faktorproduktivität für ein tragfähiges Wachstum in der Zukunft vielversprechend seien, vorausgesetzt, der Schwung bei der Liberalisierung und bei den Struktur-reformen werde beibehalten. Die Direktoren unterstützten Maßnahmen zum Ausbau des Dienstleistungssektors — auch durch Steuerreformen. Die Direktoren setzten sich ferner für Arbeitsmarkt-reformen ein, wozu ein flexibleres, produktivitätsorientiertes Lohnsystem gehöre, und für eine Stärkung des Erziehungs- und Ausbildungswesens. Weitere Reformen im Finanzsektor seien ebenfalls wichtig, wie beispielsweise Deregulierungsschritte zum Aufbau eines Rentenmarktes und eine stärkere Verwendung indirekter geldpolitischer Instrumente. Eine anhaltend wirksame Beaufsichtigung der Geschäftsbanken und anderer Finanzinstitute würde die Liberalisierung des Finanzmarktes erleichtern. Die Direktoren sprachen sich auch mit Nachdruck für eine weitere Reform des Handels und der Zölle sowie für die Abschaffung von Preiskontrollen aus.

Mexiko

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Mexiko im August 1996. Zwar hatten die Nach-

wirkungen der Finanzkrise von 1994 im Jahre 1995 zu einem Produktionsrückgang um etwa 6,2 % geführt, das reale BIP erhöhte sich jedoch im ersten Quartal 1996 gegenüber dem letzten Quartal 1995 um 2,8 %. Als Folge der Erholung sank die offene Arbeitslosigkeit von 7,4 % im dritten Quartal 1995 auf 5,4 % im Mai 1996. Unterdessen ging die Inflationsrate im Zwölfmonatsvergleich von 52 % im Dezember 1995 auf 32 % im Juni 1996 zurück.

Die Haushaltsentwicklung war im Verlauf von 1995 besser als vorgesehen, hauptsächlich wegen geringerer Personalausgaben und Finanzzuweisungen an die Staaten sowie einer Unterschreitung der geplanten Investitionsausgaben. Im wesentlichen aufgrund der Auswirkungen unerwartet hoher Weltmarktpreise für Öl und hinter den Planansätzen zurückbleibender Ausgaben schloß der Haushalt im ersten Quartal 1996 erheblich günstiger ab als erwartet. Die Beschränkungen, denen sich die Geldpolitik Anfang 1995 gegenüberübersah, als Verzögerungen bei der Auszahlung von Auslandskrediten zu einem Anstieg der Nettoinlandsaktiva und einem Rückgang der Nettowährungsreserven führten, ließen Mitte März nach, als die Finanzmittel aus dem Ausland zur Verfügung standen. Im Oktober und November veranlaßte eine zweite Periode mit Finanzmarkt-turbulenzen die Behörden zur Straffung der Geldpolitik. Während des ersten Quartals 1996 führte eine außerplanmäßig hohe Kreditaufnahme des Staates im Ausland zu einem drastischen Anstieg der Währungsreserven und war für einen erheblichen Rückgang der Nettoinlandsaktiva verantwortlich.

In der ersten Jahreshälfte von 1996 verbesserten sich Mexikos wichtigste Finanzmarktindikatoren stetig. Der Aktienkursindex stieg um etwa 15 %. Der Zinssatz für Schatzwechsel mit 28-tägiger Laufzeit ging von etwa 50 % auf 28 % zurück, und der Peso wertete sich etwas auf. In den ersten fünf Monaten verzeichnete Mexiko einen Handelsbilanzüberschuß: Die Warenexporte stiegen um 22 % und die Warenimporte um 20 %.

Die Direktoren nahmen mit Genugtuung die Erholung der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung, den scharfen Rückgang der Inflation im Jahre 1996 sowie die Verbesserung der Zahlungsbilanz zur Kenntnis. Sie stellten fest, daß die entschlossene Umsetzung der auf Inflationsabbau ausgerichteten Geldpolitik zum Rückgang der Zinsen bei relativer Wechselkursstabilität beigetragen habe. Dies wiederum habe das Vertrauen der Investoren gestärkt und zu einem erhöhten Zu-strom privaten Kapitals geführt.

Trotz der günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung gebe es weiterhin Problembereiche, unterstrichen die Direktoren. Insbesondere das Bankensystem bleibe labil, und die notleidend gewordenen Kredite seien — wenngleich etwas langsamer — weiter angestiegen und hätten verschiedene Unterstützungsprogramme notwendig gemacht. Sie waren besorgt über die

Tabelle 35

Mexiko: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums aussprache im August 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1995	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums aussprache	Ergebnis ²
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
BIP (jährliche Veränderung)	2,0	4,4	-6,2	3,6	5,1
Arbeitslosenquote (Durchschnitt)	3,4	3,7	6,3	5,5	5,5
Inflationsrate (Periodenende)	8,0	7,1	52,0	25,0	27,7
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren ³	51,9	60,9	79,5	...	96,0
Einfuhren ³	-65,4	-79,3	-72,5	...	-89,5
Leistungsbilanz	-23,4	-29,7	-1,6	-3,4	-1,9
Direktinvestitionen	4,4	11,0	9,5	6,3	7,6
Portfolioinvestitionen ⁴	28,9	8,2	-9,7	...	14,2
Kapitalbilanz ⁵	32,5	14,6	15,4	...	3,3
Bruttoreserven	25,3	6,5	17,1	16,6	19,5
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-5,8	-7,0	-0,5	-1,2	-0,6
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	32,7	33,8	59,3	56,6	49,3
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Nichtfaktordiensten und Übertragungen)	26,2	27,7	24,7	...	28,0
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses ⁶	6,4	14,0	95,9	...	-9,9
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors ⁷	0,7	-0,1	0,0	—	-0,1
Bruttoersparnis	15,2	14,7	19,2	17,8	20,3
Bruttoinlandsinvestitionen	21,0	21,7	19,7	19,0	20,9
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (M4; Prozent)	26,5	24,1	20,7	...	30,1
Nominaler Zinssatz (Prozent) ⁸	15,0	14,1	48,4	29,0	31,4

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Aktualisierte IWF-Schätzungen.

³Einschließlich "in-bond"-Industrie.

⁴Einschließlich Kapitalbeteiligungen, Plazierungen privater und öffentlicher Anleihen auf den internationalen Märkten und Käufe von Regierungsanleihen durch Ausländer.

⁵Einschließlich Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF und Finanzhilfen, die Mexiko 1995 von anderen Gläubigern insgesamt bereitgestellt wurden.

⁶Realer Wechselkurs am Periodenende, auf Basis relativer Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe; eine positive Zahl zeigt eine Abwertung des Peso an.

⁷Daten für den gesamten Staatssektor sind nicht vorhanden. Die angegebenen Zahlen gelten für den gesamten nichtfinanziellen öffentlichen Sektor (Zentralregierung und Staatsbetriebe).

⁸Für Einmonats-Schatzwechsel (Durchschnitt der Primärauktion).

Das Direktorium hob hervor, daß die Behörden auch künftig Forderungen nach einer Lockerung ihrer Wirtschaftspolitik widerstehen sollten und bereit sein müßten, zur Realisierung der wichtigsten Programmziele erforderlichenfalls kompensierende Maßnahmen zu ergreifen. Eine weiterhin straffe Geldpolitik werde zum Abbau der Inflation benötigt, die höher geblieben sei als erwartet.

Die Direktoren wiesen darauf hin, daß Mexiko während der nächsten Jahre mehreren zentralen Herausforderungen gegenüberstehe. Vordringlich sei es, das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Um mittelfristig Disziplin bei den öffentlichen Finanzen zu wahren, seien weitere Reformen im Steuerbereich und bei der Ausgabenkontrolle vonnöten. Die Wiederherstellung und Erhaltung gesamtwirtschaftlicher Stabilität sei für die Stärkung des Vertrauens der Investoren und zur Förderung von Mexikos Zugang zu langfristigen Finanzmitteln im Ausland sehr wichtig, insbesondere in Anbetracht des absehbaren "Buckels" bei der Bedienung seiner Auslandsschulden in den Jahren 1998 bis 2000. Begleitet werden müsse dies von einem Anstieg der inländischen Ersparnis, um das Leistungsbilanzdefizit auf einem dauerhaft tragfähigen Niveau zu halten. Die Direktoren begrüßten die Absicht der Behörden, ein umfassendes, mittelfristig angelegtes Programm auszuarbeiten, das die bereits laufenden Anstrengungen zur Stabilisierung und bei der Strukturreform festige; sie standen der Absicht der Regierung positiv gegenüber, die Unterstützung des Fonds für dieses Programm zu beantragen, das sich

ihrer Meinung nach auf Strukturmaßnahmen konzentrieren sollte.

Seit der Aussprache im Direktorium hat der Aufschwung weiter an Kraft gewonnen. Das reale BIP ist 1996 um 5,1 % gewachsen, verglichen mit einer (vor der Aussprache im Direktorium vorgenommenen) Schätzung von 3,6 % (siehe Tabelle 35). Die Infla-

mit diesen Programmen verbundenen hohen Belastungen für den Staatshaushalt und die dadurch möglicherweise geschaffenen Anreize für ein nachlässiges Verhalten (moral hazard); sie begrüßten die Absicht der Regierung, den Bankschuldnern keine weiteren direkten Erleichterungen durch neue Programme zu gewähren.

tionsrate auf Zwölfmonatsbasis ging bis zum Jahresende auf 27,7 % zurück, nach 52 % im Dezember 1995. Zum Jahresende 1996 war die Arbeitslosenquote in etwa wieder auf ein Niveau gesunken, das vor der Krise bestanden hatte. Das Leistungsbilanzdefizit für 1996 wurde auf etwa halb so hoch geschätzt (0,5 % des BIP), wie zuvor angenommen worden war (1,2 % des BIP); dies trug zu einem Anstieg der Nettowährungsreserven auf 5,8 Mrd \$ bei, die damit mehr als viermal so hoch wie das Programmziel von 1,4 Mrd \$ waren. Hauptsächlich aufgrund der unerwartet hohen Ölpreise schlossen die öffentlichen Haushalte insgesamt mit einem kleinen Überschuß von 0,2 % des BIP ab, verglichen mit dem Programmziel eines ausgeglichenen Haushalts. Als Folge der anhaltenden Verbesserung des Vertrauensklimas waren die Kapitalzuflüsse hoch geblieben; dies hatte 1996 zu einer Aufwertung des gewogenen realen Wechselkurses von 9,9 % beigetragen, nachdem es noch 1995 zu einer realen Abwertung um 95,9 % gekommen war. Die Kapitalimporte ermöglichten auch eine Umstrukturierung der Auslandsverschuldung hin zu längeren Laufzeiten und zu günstigeren Zinsen. Im Januar 1997 führten die mexikanischen Behörden alle gegenüber dem Wechselkursstabilisierungsfonds der USA ausstehenden Verbindlichkeiten (3,5 Mrd \$) zurück, und im ersten Quartal 1997 nahmen sie Rückkäufe vor Fälligkeit beim Fonds im Umfang von 2,3 Mrd \$ vor.

Südafrika

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Südafrika im Mai 1996. 1995 hatte Südafrika im dritten aufeinanderfolgenden Jahr stetige Fortschritte erzielt und die wirtschaftlichen Stürme, die seinen politischen Übergangsprozeß begleiteten, erfolgreich überstanden. Zu seinen Erfolgen zählten die Verringerung des Preisanstiegs auf der Verbraucherstufe im Vorjahresvergleich (auf 5,5 % im April 1996, von 11 % im April 1995), eine Aufstockung der realen Nettoinvestitionen als Anteil des BIP um 1,5 Prozentpunkte und ein Wachstum des realen BIP von 3,3 % (siehe Tabelle 36). Während dieses Zeitraums von drei Jahren hielten die Behörden an einer straffen Geld- und Finanzpolitik fest.

Trotz der Abschaffung der Devisenkontrollen für Gebietsfremde im März 1995 und der Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf 2,6 % des BIP im Jahre 1995 (von 0,5 % des BIP im Jahre 1994) blieb der Rand während des Jahres 1995 stabil, was eine erheblich verbesserte Einschätzung Südafrikas durch internationale Investoren widerspiegelte. Dieses neu entstandene Vertrauen bildete die Grundlage für eine Erhöhung der längerfristigen Kapitalimporte in der zweiten Hälfte von 1995 bis in das Jahr 1996 hinein — sie stiegen 1995 auf 6 Mrd \$, von 1,5 Mrd \$ im Jahre 1994. Allerdings schwächte sich der Rand auf-

grund politischer Unsicherheiten und der Spekulation, daß die Devisenkontrollen für Gebietsansässige vollständig aufgehoben würden, Mitte Februar 1996 und erneut Ende März ab. Als Reaktion hierauf wiederholten die Behörden ihre Absicht, die Devisenkontrollen für Gebietsansässige stufenweise zu liberalisieren und die seit den Wahlen von 1994 verfolgte "marktfreundliche" Politik fortzusetzen.

Ende 1994 betrug die offen ausgewiesene Arbeitslosigkeit 32 % aller Erwerbstätigen und mehr als 40 % unter den schwarzen Erwerbstätigen. Seither hat die Beschäftigung in der Privatwirtschaft (außerhalb des Landwirtschaftssektors) um weniger als 1 % zugenommen, während die Zahl der Erwerbspersonen um mehr als 2,5 % gestiegen ist. Zumindest teilweise spiegelte die Arbeitslosigkeit fortbestehende Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit wider.

Bei ihrer Aussprache lobten die Direktoren die Behörden für die Verfolgung einer besonnenen Wirtschaftspolitik, welche die Verringerung des Haushaltsdefizits 1995/96, die Straffung der Geldpolitik als Reaktion auf den Ende 1994 aufgetretenen Inflationsdruck, die Liberalisierung der Handels- und der Kapitalverkehrsbeschränkungen und die Verabschiedung neuer Gesetze zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beinhaltet habe. Sie führten aus, daß diese Maßnahmen zwar unentbehrlich für die Erhöhung des Vertrauens der Märkte gewesen seien, unterstrichen aber, daß eine weitere Straffung der Geldpolitik Voraussetzung sei für die Rückgewinnung der Stabilität an den Finanzmärkten und zur Eindämmung der Inflation. Die Direktoren erkannten zugleich an, daß die Behörden konkurrierenden Forderungen ausgesetzt seien, die dringenden sozialen Probleme der Bevölkerung zu lösen. Diesbezüglich begrüßten sie es, daß die Behörden der Förderung von Wachstum und Beschäftigung Priorität einräumten.

Die Direktoren waren zwar der Ansicht, daß die jüngste Abwertung des Rand richtig gewesen sei; zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen seien aber erforderlich, um den inflationären Impuls, der sich bereits aus der Abwertung ergeben hätte, zu begrenzen und das Vertrauen an den Devisenmärkten wiederherzustellen. Auf diesen Gebieten würden Fortschritte benötigt, so warnten sie, um zu verhindern, daß ein Anstieg der Inflation den Beitrag der Abwertung zur Wettbewerbsfähigkeit untergrabe. Zwar begrüßten die Direktoren die im März 1995 erfolgte Abschaffung der Devisenkontrollen für Gebietsfremde, sie merkten allerdings an, die Wirtschaft sei aufgrund dieser Maßnahme Umschwüngen im Anlegerverhalten unmittelbar ausgesetzt; die Finanz- und Geldpolitik müsse daher entsprechend reagieren. Vor diesem Hintergrund unterstützten die Direktoren die Ende April 1996 erfolgte Erhöhung des Leitzinses sowie die

Tabelle 36

Südafrika: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriensaussprache im Mai 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1996		Ergebnis ²
			1995	Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriensaussprache	
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	1,3	2,7	3,3	4,0	3,1
Arbeitslosenquote	32,0
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	9,7	9,0	8,6	7,5	7,4
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren	24,1	24,7	27,9	31,1	29,1
Einfuhren, fob	-18,3	-21,5	-27,1	-29,5	-27,1
Leistungsbilanz	1,7	-0,6	-3,5	-3,4	-2,0
Direktinvestitionen	-0,3	0,5	0,4	0,5	0,6
Portfolioinvestitionen	1,0	0,3	2,0	1,5	0,5
Kapitalbilanz	-4,5	1,5	6,0	3,0	3,4
Bruttoreserven	2,7	3,1	4,3	2,2	2,2
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	1,5	-0,5	-2,6	-2,5	-2,0
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	14,8	15,3	15,5	17,0	19,0
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	10,3	10,8	13,8	17,4	16,6
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	-4,4	-3,1	—	...	-8,1
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Finanzierungssaldo des gesamten Staatssektors ³	-6,0	-5,7	-5,5	-5,1	-5,1
Bruttoersparnis	17,2	17,2	16,7	17,3	16,5
Bruttoinvestitionen	15,7	17,7	19,3	19,8	18,0
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	7,0	15,7	15,1	12,0	13,6
Zinssatz (Prozent) ⁴	12,0	13,0	15,0	...	17,0

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Aktualisierte IWF-Schätzungen.

³Zentralregierung; Haushaltsjahr-Basis (April-März).

⁴Diskontsatz; Periodenende.

Entscheidung der Behörden, die Devisenkontrollen für Gebietsansässige schrittweise zu liberalisieren.

Die Direktoren betonten, das Vertrauen der Investoren werde durch die Ankündigung eines Pakets mittelfristig angelegter Strukturreformen gestärkt, mit dessen Hilfe etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit und das niedrige Wachstum unternommen werde. Ein solches Programm müsse darauf abzielen, die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der südafrikanischen Industrie zu verbessern. In diesem Zusammenhang wurde die wichtige Rolle weiterer Handelsliberalisierung für die Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz und des

Wachstums unterstrichen. Die Geldpolitik solle sich weiterhin auf die Bekämpfung der Inflation konzentrieren, die Wechselkurspolitik die Handelsliberalisierung unterstützen und die Finanzpolitik zur Stärkung der inländischen Ersparnis beitragen.

Im Anschluß an die Direktorienserörterung legte das Finanzministerium im Juni 1996 die Strategie der Behörden für Wachstum, Beschäftigung und Umverteilung vor, die darauf ausgerichtet ist, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung mittelfristig zu erhöhen. Sie enthält Verpflichtungen zu einer zügigeren haushaltspolitischen Konsolidierung und zu einer Reform der Devisenkontrollen, die vollständig im Budget für 1997/98 ihren Niederschlag gefunden haben, sowie weitere Maßnahmen zur Strukturreform. Anfang 1997 gewann der Rand an Wert; hierin spiegelten sich das wiedergewonnene Vertrauen in die Politik und eine Verbesserung der Leistungsbilanz wider.

Tansania

Das Direktorium erörterte im November 1996 die Artikel IV-Konsultation mit Tansania. Nach einem durchschnittlichen Wachstum von etwa 3,7 % in den vorangegangenen drei Jahren stieg das reale BIP 1995/96, angeführt von der Landwirtschaft, schätzungsweise um 4,5 % (siehe Tabelle 37). Wenn gleich insbesondere aufgrund von Unwirtschaftlichkeiten in parastaatlichen Unternehmen die industrielle Produktion weiter sank, so expandierten die neu privatisierten

Unternehmen doch kräftig. Ein langsames Geldmen- genwachstum und eine gestiegene Agrarproduktion führten zu einem Rückgang der Inflationsrate im Vorjahresvergleich auf 22,7 % im Juni 1996 und auf 18 % im August 1996, von einem Höchststand von 38 % für das im Februar 1995 endende Jahr.

Die im November 1995 gewählte neue Regierung sah sich größeren Mängeln beim Haushaltsvollzug und im Management der Finanzinstitute gegenüber. Auf fiskalischem Gebiet fanden diese Defizite ihren Ausdruck in einer nachlässigen Steuerverwaltung; sie wurden noch verschärft durch weitverbreitete Steuerbefreiungen und -umgehungen, so daß im Ergebnis

die tatsächlichen Steuereinnahmen hinter den möglichen zurückblieben. Auch erschwerten Mängel bei der Ausgabenkontrolle den Haushaltsvollzug. Die dominierende Rolle eines weitverzweigten Zulagensystems bei den Personalausgaben des Staates und das Unvermögen, Aufgaben mit geringer Priorität abzuschaffen, trugen zu Ausgabenüberschreitungen bei. Im Finanzsektor haben institutionelle Schwächen die Wirksamkeit der indirekten geldpolitischen Instrumente dabei beeinträchtigt, eine größere Effizienz in der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen zu erreichen.

Um die Haushaltsprobleme während der ersten Hälfte des Fiskaljahres 1995/96 (Juli bis Juni) in den Griff zu bekommen, verabschiedete die Regierung ein Mini-Budget, das sowohl einnahmeerhöhende Maßnahmen als auch Ausgabenkürzungen umfaßte. Im Ergebnis belief sich das Defizit für 1995/96 insgesamt auf 3,3 % des BIP gegenüber einem Defizit von 5,8 % im Fiskaljahr 1994/95. Die günstigere Haushaltslage 1995/96 trug entscheidend zu der Drosselung des Wachstums der breit abgegrenzten Geldmenge auf 15 % in dem im Juni 1996 endenden Fiskaljahr bei, gegenüber 38 % im Jahr zuvor. Eine Obergrenze für die Kreditvergabe der staatseigenen Banken und die Veräußerung von Devisen durch die Bank von Tansania begünstigten ebenfalls die Dämpfung der Geldmengenexpansion. Während der zweiten Hälfte von 1995/96 stimmte die Regierung auch mehreren strukturellen Maßnahmen zu, die darauf abzielten, die oben genannten institutionellen Schwachstellen zu beseitigen.

Trotz einer geringfügigen Verschlechterung der Terms of Trade verbesserte sich die Außenwirtschaftsposition im Fiskaljahr 1995/96. Das Importvolumen ging aufgrund der verschärften Zollkontrollen und der Unsicherheiten im Wahljahr zurück. Das Leistungsbilanzdefizit — ohne Übertragungen gerechnet — verringerte sich 1995/96 auf 16,2 % des BIP, gegenüber 20,6 % des BIP 1994/95. Die Bruttowährungsreserven sanken von einem Gegenwert von 8,8 Importwochen Ende Juni 1995 auf 8,1 Importwochen Ende Juni 1996, erholten sich bis Ende August 1996 aber wieder auf 10,0 Importwochen als Folge von Devisenankäufen der Bank von Tansania während der traditionellen Exportsaison.

Wenngleich die Direktoren die deutliche Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Tansanias begrüßten, unterstrichen sie bei ihrer Erörterung aber doch, daß die finanzielle Situation labil bleibe. Vor diesem Hintergrund betonten sie die Bedeutung einer soliden Finanz- und Geldpolitik sowie struktureller Reformen — insbesondere die Haushaltskonsolidierung und die Reform des Finanzsektors —, um die Wirtschaft zu stabilisieren, ein breiter fundiertes Wachstum zu gewährleisten und den Lebensstandard zu verbessern.

Die Direktoren lobten die von der neuen Regierung eingeleiteten Schritte zur Beseitigung der hartnäckigen Haushaltsungleichgewichte und der strukturellen Hindernisse, die einer soliden Finanz- und Geldpolitik im Wege stünden. Sie begrüßten die Gehaltsreform für den öffentlichen Dienst, die Errichtung der tansanischen Steuerbehörde und die Verbesserungen bei der Ausgabenkontrolle und in den haushaltspolitischen Entscheidungsabläufen. Einige Direktoren erwähnten die Entschlossenheit der Regierung, die Transparenz staatlichen Handelns und die Rechenschaftspflicht staatlicher Stellen zu erhöhen, und ermutigten die Behörden, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption zu verstärken. Die Direktoren bedauerten die bei der Einführung der Mehrwertsteuer entstandene Verzögerung und erwähnten, wie wichtig es sei, die Steuerverwaltung zu verbessern und die Steuerbasis zu verbreitern. Insbesondere die Einbeziehung Sansibars in den Amtsbereich der tansanischen Steuerbehörde werde zusammen mit der Harmonisierung der Importsteuern ein wichtiges Schlupfloch für Steuerhinterziehungen schließen. Sie unterstrichen, daß Tansania versuchen solle, die Haushaltsziele ohne die Anhäufung inländischer Zahlungsrückstände zu erreichen, und daß es die Zahlungsrückstände gegenüber dem Ausland so rasch wie möglich zurückführen müsse.

Die Direktoren begrüßten die bisher bei den Strukturreformen erzielten Fortschritte, betonten aber, daß es wichtig sei, die Umgestaltung der parastaatlichen Unternehmen voranzutreiben und die Reform des Finanzsektors zu vertiefen. Die Direktoren äußerten sich besorgt zu den Risiken für die gesamtwirtschaftliche Stabilität und für die Fähigkeit der Zentralbank, eine wirksame Geldpolitik umzusetzen, die durch die ernststen Probleme der staatseigenen Banken entstünden, insbesondere der National Bank of Commerce, deren Privatisierung viele Direktoren für notwendig hielten. Sie forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, diese Probleme unverzüglich anzugehen und im Bankensektor für mehr Wettbewerb zu sorgen.

Die Direktoren lobten die Behörden für ihre Erfolge bei der Liberalisierung des Zahlungsverkehrs und des Außenhandels, die es Tansania erlaubt hätten, im Juli 1996 die Verpflichtungen gemäß Artikel VIII des IWF-Übereinkommens zu akzeptieren. Die Direktoren drängten die Behörden, die externen Zahlungsrückstände so bald wie möglich zu begleichen. Die Direktoren stellten fest, daß Tansanias Wirtschaft weiterhin gegenüber externen Schocks störanfällig bleibe, und sie forderten die Behörden nachdrücklich dazu auf, sich hinter das mittelfristige Programm und seine vollständige Umsetzung zu stellen, was für eine weitere Unterstützung seitens der Geldgeber notwendig sei.

Nach der Konsultation verfügbar gewordene Daten zeigten, daß die Verbesserung der Haushaltslage von

Tabelle 37

Tansania: Konjunkturindikatoren¹

(Bei der Direktoriums aussprache im November 1996 vorliegende Daten)

	1993/94 ²	1994/95 ²	1995/96 ²
	<i>Prozent</i>		
Binnenwirtschaft			
Veränderung des realen BIP	3,5	3,8	4,5
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	30,2	34,0	25,7
	<i>Millionen US-Dollar³</i>		
Außenwirtschaft			
Ausfuhren, fob	485,9	592,9	659,1
Einfuhren, cif	-1 590,5	-1 509,7	-1 538,9
Leistungsbilanz ⁴	-1 075,8	-861,7	-835,9
Direktinvestitionen ⁵	63,0	67,3	105,6
Kapitalbilanz	256,6	113,9	118,8
Veränderung der Bruttoreserven (Zunahme -)	-11,7	51,2	15,0
Leistungsbilanz (Prozent des BIP) ⁵	-30,5	-20,6	-16,2
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	194,7	171,8	143,7
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten) ⁶	59,9	41,6	38,4
Veränderung des realen effektiven Wechsel- kurses (Prozent; Periodenende)	-3,5	-3,8	22,2
	<i>Prozent des BIP³</i>		
Finanzielle Größen			
Finanzierungssaldo der Zentralregierung ⁴	-7,9	-6,9	-4,9
Bruttoersparnis	6,8	9,9	11,7
Bruttoinvestitionen ⁷	29,4	26,6	27,7
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	35,0	37,7	15,0
Zinssatz (Prozent) ⁸	38,2	51,5	22,0

¹Daten gelten für Fiskaljahre (Juli bis Juni).

²Auf Basis von Daten der tansanischen Behörden und IWF-Schätzungen.

³Soweit nicht anders vermerkt.

⁴Ohne Zuschüsse.

⁵1995/96 sind Privatisierungserlöse in Höhe von 32 Mio \$ mit eingeschlossen.

⁶Ohne IWF; vor Umschuldung.

⁷Auf Basis von VGR-Daten, die nicht völlig mit den Daten der Zahlungsbilanz übereinstimmen.

⁸Diskontsatz der Bank von Tansania, Periodenende.

Juli bis Dezember stärker ausgefallen ist als erwartet. Kräftig sprudelnde Einnahmen und eine straffe Ausgabenkontrolle ermöglichten es der Regierung, Überschüsse im Umfang von 1,4 % des jährlichen BIP zu erzielen. Nettorückzahlungen des Staates an das Bankensystem drückten das Wachstum der breit abgegrenzten Geldmenge bis Ende Dezember 1996 auf 9 %, was zu einem Rückgang der Inflation auf 14 % Ende Januar 1997 beitrug. Die Außenwirtschaftsposition verbesserte sich beträchtlich; darin spiegelte sich im wesentlichen die günstige Entwicklung in der Leistungsbilanz wider. Die Bruttowährungsreserven der Bank von Tansania erreichten Ende Dezember 1996 den Gegenwert von 16 Importwochen.

Thailand

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Thailand im Juli 1996. Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung kam es in Thailand 1995 und im ersten Quartal 1996 erneut zu Überhitzungserscheinungen. Die Nachfrage blieb im gesamten Jahr 1995 kräftig; das BIP legte — angetrieben von den Investitionen und den Exporten — um nahezu 9 % zu (siehe Tabelle 38). Als Folge hiervon zeigten sich zusätzliche Anspannungen auf den Faktormärkten, wobei die Arbeitslosigkeit geringfügig auf 2,5 % zurückging. Die durchschnittliche Inflationsrate stieg 1995 auf 5,8 % — den höchsten Wert seit 1991 — und blieb im ersten Quartal 1996 aufgrund gestiegener Rohstoffpreise auf den Weltmärkten sowie der kräftigen Nachfrage, der Lohnerhöhungen und der Auswirkungen von Überflutungen hoch.

Die Geldpolitik wurde in zunehmendem Maße gestrafft, und der Überschuß im öffentlichen Gesamthaushalt stieg. Gleichwohl weitete sich das Leistungsbilanzdefizit auf 8 % des BIP aus, dem allerdings noch höhere Kapitalimporte gegenüberstanden. Diese Zuflüsse setzten sich Anfang 1996 auf hohem Niveau fort und führten zu einem gewissen Zinssenkungsdruck. Der geringe Fortschritt beim Abbau des Leistungsbilanzdefizits war zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Anstieg der privaten Ersparnis nicht aus-

reichte, um die Investitionen vollständig zu finanzieren. Die Auslandsverschuldung, die etwa zur Hälfte kurzfristiger Natur war, stieg von ungefähr 39 % des BIP im Jahr 1991 auf 49,5 % des BIP im Jahre 1995.

Blickt man auf strukturelle Entwicklungen, so war zwar die Armut während der letzten Jahre erheblich verringert worden, die Einkommensunterschiede zwischen Land und Stadt vergrößerten sich aber weiter, und die Einkommensverteilung verschlechterte sich. Der Ausbau der Infrastruktur zur Beseitigung von Engpässen hat sich wegen des Regierungswechsels vorübergehend verzögert. Es waren Maßnahmen zur Verbesserung des Erziehungs- und Ausbildungswesens ergriffen worden; dazu zählte auch die Erhöhung des Anteils der Schüler, die von der Primärstufe auf die

Sekundärstufe überwechseln, aber der Mangel an Fachkräften bestand fort.

Die Direktoren lobten in den höchsten Tönen Thailands bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung und die von den Behörden beständig durchgehaltene solide Makropolitik. Sie erwähnten, daß die Finanz- und die Geldpolitik als Reaktion auf die Vergrößerung des Leistungsbilanzdefizits und den Inflationsanstieg 1995 gestrafft worden seien und daß dies bereits erste Ergebnisse zeitigte; sie warnten jedoch vor Selbstzufriedenheit.

Die Direktoren unterstützten die Absicht der Behörden, einen straffen geldpolitischen Kurs beizubehalten. Die Behörden hätten allerdings versucht, auf die zunehmende Öffnung des Kapitalverkehrs und die hohen und volatilen Kapitalzuflüsse mit einer Kombination geldpolitischer und aufsichtsrechtlicher Maßnahmen zu reagieren, was seit kurzem durch preisbasierte Kontrollen für kurzfristige Zuflüsse ergänzt werde. Die Direktoren waren der Meinung, daß diese Maßnahmen auf mittlere Sicht keinen echten Ersatz für eine grundsätzlicher angelegte Politik darstellten.

Die Stabilität des Baht habe der thailändischen Wirtschaft in der Vergangenheit zwar genützt, zur Verbesserung der monetären Autonomie und zur Minderung der Anreize für kurzfristige Kapitalimporte empfahlen die Direktoren aber ein höheres Maß an Wechselkursflexibilität. Diese solle durch die Entwicklung weiterer indirekt wirkender geldpolitischer Instrumente und einen geringeren Rückgriff auf den Kreditplan abgestützt werden.

Die jüngste Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits habe Thailands Anfälligkeit gegenüber ökonomischen Schocks und Stimmungsumschwüngen an den Märkten erhöht. Auf der einen Seite, so stellten die Direktoren fest, seien die wirtschaftlichen Fundamentaldaten im großen und ganzen sehr solide — gekennzeichnet durch hohe Ersparnis und hohe Investitionen, einen Überschuß im öffentlichen Sektor, ein kräftiges Exportwachstum in den vergangenen Jahren sowie tragbare Schulden und Schuldendienstbelastungen.

Auf der anderen Seite seien aber die kurzfristigen Kapitalimporte und die kurzfristigen Schulden recht hoch. Zudem engten die beschränkten Möglichkeiten der vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumente die Fähigkeit der Behörden ein, Schocksituationen zu bewältigen. Bei der Verwendung ausländischer Ersparnisse sei Vorsicht geboten, stellten die Direktoren fest, und es seien rasche Maßnahmen zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits erforderlich. Während die Fiskalpolitik auf kurze Sicht durchaus eine Rolle spielen könne, solle mittelfristig das Schwergewicht auf Maßnahmen zur Erhöhung der privaten Ersparnis liegen.

Tabelle 38

Thailand: Konjunkturindikatoren*(Bei der Direktoriums aussprache im Juli 1996 vorliegende Daten)¹*

	1993	1994	1995 ²	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums aussprache	Ergebnis ³
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	8,3	8,8	8,7	8,3	6,7
Arbeitslosenquote	2,6	2,6	2,5	...	2,0
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodendurchschnitt)	3,3	5,0	5,8	6,0	5,9
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	36,6	44,6	56,0	63,9	54,7
Einfuhren, cif	45,1	53,4	70,9	80,5	70,8
Leistungsbilanz	-6,1	-7,8	-13,1	-14,5	-14,4
Direktinvestitionen, netto	1,4	0,9	1,3	1,4	17,1
Portfolioinvestitionen, netto	3,9	1,2	3,2	...	1,1
Kapitalbilanz	10,5	12,2	22,0	20,5	18,0
Bruttoreserven	25,4	30,3	37,0	43,0	38,7
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-5,4	-5,6	-8,1	-7,9	-8,0
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	41,7	45,3	49,5	52,4	49,9
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	10,9	11,4	11,0	12,4	11,4
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent)	0,9	-0,5	-0,9	...	6,6
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Gesamtstaatlicher Sektor ⁴	0,9	1,6	2,5	2,5	2,2
Bruttoinlandsersparnis	35,0	35,6	35,0	35,7	34,5
Bruttoinvestitionen	40,4	41,2	43,1	43,6	42,5
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	18,4	12,9	17,0	17,3	12,6
Interbanken-Ausleihesatz (Prozent; Periodenende) ⁵	4,38	7,22	12,1

¹Soweit nicht anders vermerkt.²IWF-Schätzungen.³Aktualisierte IWF-Schätzungen.⁴Jeweils am 30. September ablaufende Fiskaljahre.⁵Gewogener Durchschnitt.

Die Direktoren verwiesen darauf, daß Thailands bemerkenswerte Wachstumserfolge im wesentlichen das Ergebnis strukturpolitischer Maßnahmen seien, die einen kräftigen Anstieg der Faktorproduktivität gefördert hätten. Sie ermutigten die Behörden, den Reformschwung beizubehalten und ihn insbesondere im Finanzsektor und im Bereich des Handels noch zu verstärken; ferner empfahlen sie einen weiteren Ausbau der Aufsicht über den Bankensektor. Bei der Verringerung der Armut habe man zwar große Fortschritte erzielt, die Verschlechterung der Einkommensverteilung sei aber Anlaß zu ernster Besorgnis, und die Behörden könnten ihre diesbezüglichen Anstrengungen erhöhen. Die Direktoren begrüßten die Maßnahmen zur Verbesserung des Erziehungswesens und ermunterten die Behörden, ihre Bemühungen zum Ausbau der Wirtschaftsstatistik zu verstärken.

Uruguay

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Uruguay im Juli 1996 zusammen mit einer ersten Überprüfung der im März 1996 genehmigten Bereitschaftskreditvereinbarung. 1995 war das reale BIP um etwa 2,0 % zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit war beträchtlich gestiegen. Im Baugewerbe, im Handel und in der Industrie blieb der Produktionsrückgang in den ersten Monaten von 1996 unverändert bestehen, die landwirtschaftliche Erzeugung zog dagegen an. Die Inflation schwächte sich auf Zwölfmonatsbasis von 44 % im Jahre 1994 auf 30 % im Mai 1996 ab.

Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wurde von 3 % im Jahre 1994 auf 1,75 % des BIP im Jahre 1995 verringert. Die Personalausgaben der Zentralregierung und die Ausgaben für Güter und Dienstleistungen wurden gedrosselt, die Investitionsausgaben im Verhältnis zum BIP zurückgeführt. Dagegen stiegen die Ausgaben für soziale Zwecke — bei rückläufiger Inflation. Obwohl der Nettoeffekt des im Mai 1995 umgesetzten Steuerpakets sich positiv auf die Einnahmen auswirkte, ging das Steueraufkommen im Verhältnis zum BIP 1995 zurück; ausschlaggebend hierfür war ein Einbruch der Inlandsnachfrage.

Die Expansion der Bargeldbestände verlangsamte sich von 43 % im Jahre 1994 auf etwa 31 % in dem im Mai 1996 endenden Zwölfmonatszeitraum, und die Wachstumsraten der breit abgegrenzten Geldmenge und der Kredite an den Privatsektor schwächten sich ebenfalls ab. Die Zinssätze für kurzfristige Schatzwechsel gingen in dieser Periode ebenso erheblich zurück wie der Kreditzins für erste Adressen.

Uruguays Außenwirtschaftsposition verbesserte sich 1995 und Anfang 1996. Das Leistungsbilanzdefizit schrumpfte von 2 % des BIP im Jahre 1995 bis zum März 1996 auf 1,8 % des BIP (siehe Tabelle 39). Als Folge einer sinkenden Nachfrage aus Argentinien und Brasilien schwächte sich das Wachstum der Exporte in

diesem Zeitraum gleichwohl ab. Der monatliche Abwertungssatz des Wechselkursbandes gegenüber dem US-Dollar, der mit 2 % seit 1992 unverändert geblieben war, wurde im April 1996 auf 1,8 % herabgesetzt. Im gewogenen Durchschnitt gewann der uruguayische Peso von Anfang 1995 bis April 1996 real 3,5 % an Wert; im April 1996 lag er damit um etwa 14 % über seinem Durchschnittsniveau im Zeitraum 1990-1995.

Bei ihrer Erörterung lobten die Direktoren die Behörden für die im vergangenen Jahr bei der Haushaltskonsolidierung und der Durchführung struktureller Reformen erzielten Fortschritte, die dazu beigetragen hätten, daß Uruguays Anfälligkeit gegenüber einem Nachfragerückgang seitens seiner Haupthandelspartner in diesem Zeitraum verringert worden sei. Sie waren allerdings sehr besorgt darüber, daß die Inflation hoch geblieben, die Produktion erheblich gesunken und die Arbeitslosigkeit gestiegen seien. Um mittelfristig ein rasches Wachstum von Produktion und Beschäftigung zu gewährleisten, müßten die Ersparnis und die Investitionen erhöht werden.

Das Direktorium unterstrich, daß ein Abbau der Inflation vordringlich sei. Aus diesem Grunde seien 1996 weitere Anpassungen im Haushaltsbereich erforderlich. Maßnahmen zur Verbreiterung der Steuerbasis sowie zur besseren Verwaltung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen seien ebenfalls notwendig; gleiches gelte für die sorgfältige Überwachung der finanziellen Lage der staatlichen Unternehmen.

Die Direktoren empfahlen den Behörden nachdrücklich, die Abwertung des Wechselkursbandes wie geplant und ohne Verzögerungen zu verlangsamen; dies solle im Einklang mit der angestrebten Inflationsrate und mit Unterstützung einer angemessen straffen Finanz-, Geld- und Lohnpolitik geschehen. Gleichzeitig forderten die Direktoren die Behörden auf, zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Produktivität die steuerlichen Änderungen und die Strukturreformen beschleunigt umzusetzen. Es sei insbesondere von größter Wichtigkeit, ein Paket finanzpolitischer Maßnahmen zu beschließen, um den für 1996 vorgesehenen Abbau des Haushaltsdefizits und dessen weitere Rückführung 1997 zu erreichen; das Paket beinhalte die Verringerung der von den Arbeitgebern zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge, die Verlängerung des Zeitraums für Lohnanpassungen, die Abschaffung der an der vergangenen Entwicklung orientierten Lohnindexierung sowie sonstige Maßnahmen.

Die Direktoren hoben hervor, die Kreditpolitik müsse solange restriktiv geführt werden, bis es klare Anzeichen dafür gebe, daß die Anpassung im Haushaltsbereich voranschreitet und die Inflation wie geplant zurückgeht. In diesem Zusammenhang begrüßten die Direktoren die Absicht der Behörden, das

Wachstum der von den staatseigenen Banken gewährten Kredite zu begrenzen.

Die Direktoren lobten die Behörden für die Umsetzung der Reform des wichtigsten Zweiges des Sozialversicherungssystems und ermunterten sie, auf eine zügige parlamentarische Verabschiedung der Reformvorhaben für die übrigen Bereiche der Sozialversicherung zu dringen. Sie begrüßten die anhaltenden Bemühungen, die Reform der Zentralverwaltung zu verwirklichen. Diese Maßnahmen sowie institutionelle Änderungen und sonstige Schritte zur Stärkung der Steuerverwaltung würden dazu beitragen, in den öffentlichen Haushalten mittelfristig Raum für eine weitere Absenkung der Unternehmenssteuern zu schaffen. Die Direktoren ermunterten die Behörden dazu, dem privaten Sektor mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hierzu seien weitere Deregulierungs- und Privatisierungsschritte nötig; hilfreich sei es in dieser Hinsicht auch, die geplante Umstrukturierung der staatseigenen Banken beschleunigt umzusetzen, um die wirtschaftliche Effizienz zu steigern und private Investitionen zu induzieren. Die Direktoren waren der Ansicht, daß die Behörden auch eine Vertiefung der Handelsliberalisierung anstreben sollten.

Transformationsländer

Armenien

Das Direktorium erörterte die Artikel IV-Konsultation mit Armenien im September 1996 und führte die halbjährliche Überprüfung von Armeniens erster ESAF-Jahresvereinbarung durch. Nach einer Phase mit ganz erheblichen Rückgängen des BIP und hoher Inflation hatte Armenien seine Wirtschaft stabilisiert (siehe Tabelle 40). Das reale BIP nahm 1995 um 6,9 % und in der ersten Hälfte des Jahres 1996 um 4,3 % zu, verglichen mit 5,4 % im Jahre 1994. Bis zum Jahresende 1995 ging die Inflationsrate auf 32 % zurück, von 1,885 % im vorangegangenen Jahr. Allerdings bedrohten auch Ende 1996 die instabile Lage innerhalb der Region und die Blockade von Armeniens wichtigsten Transportwegen durch Aserbaidschan und die Türkei noch immer die Dauerhaftigkeit des Wachstums.

Tabelle 39

Uruguay: Konjunkturindikatoren

(Bei der Direktoriums Aussprache im Juli 1996 vorliegende Daten)¹

	1993	1994	1995	1996	
				Vorausschätzungen zum Zeitpunkt der Direktoriums-aussprache	Ergebnis ²
<i>Prozent</i>					
Binnenwirtschaft					
Veränderung des realen BIP	3,0	6,8	-2,4	—	4,9
Arbeitslosenquote (Periodenende)	7,6	9,9	11,1	...	11,9
Veränderung der Verbraucherpreise (Periodenende)	52,9	44,1	35,4	23,6	24,3
<i>Milliarden US-Dollar¹</i>					
Außenwirtschaft					
Ausfuhren, fob	1,6	1,9	2,1	2,3	2,4
Einfuhren, cif	-2,3	-2,7	-2,8	-2,9	-3,3
Leistungsbilanz	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3
Kapitalbilanz	0,6	0,7	0,6	0,3	0,4
Bruttoreserven	1,4	1,7	1,8	1,9	...
Leistungsbilanz (Prozent des BIP)	-2,6	-2,7	-2,0	-1,7	-1,5
Auslandsschulden (Prozent des BIP)	38,5	35,5	34,0	34,3	33,8
Schuldendienst (Prozent der Ausfuhr von Waren und Diensten)	23,0	23,5	28,3	25,4	19,4
Veränderung des realen effektiven Wechselkurses (Prozent; Periodenende)	15,5	-1,6	3,2	...	2,6
<i>Prozent des BIP¹</i>					
Finanzielle Größen					
Konsolidierter Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors	-1,9	-3,1	-1,7	-1,3	-1,7
Bruttoersparnis	12,0	12,0	12,1	11,4	11,7
Bruttoinlandsinvestitionen	14,6	14,6	14,1	13,1	13,2
Veränderung der breit abgegrenzten Geldmenge (Prozent)	36,0	37,3	31,6	23,2	36,9
Zinssatz (Prozent) ³	48,2	44,7	39,4	...	29,2

¹Soweit nicht anders vermerkt.

²Aktualisierte IWF-Schätzungen.

³Für 1993, der Satz für Zentralbank-Schatzwechsel; danach, der Satz für Schatzwechsel mit einer Laufzeit von bis zu 63 Tagen.

Das periodengerecht abgegrenzte Haushaltsdefizit wurde durch eine Kombination von steuerlichen Maßnahmen und Ausgabenkürzungen von 16,4 % des BIP 1994 auf unter 10 % 1995 und auf 6,8 % für die ersten sechs Monate von 1996 verringert. Allerdings führte die Begleichung beträchtlicher Zahlungsrückstände in der ersten Jahreshälfte von 1996 zu einem kassenmäßigen Defizit in Höhe von 8,4 % des BIP. Das bedeutsamste Haushaltsproblem war das schwache Steueraufkommen, das durch Lücken in der Steuerbasis (insbesondere das Versäumnis, den aufstrebenden Privatsektor einzubeziehen) und durch ausstehende Steuerzahlungen verursacht worden war.